



■ **BAU – Big Deal** 3

■ **TÜRKEI – Der kranke Mann am Bosphorus** 4

■ **AFRIKA – Befreiung des kongolesischen Volkes** 8/9



■ **FRAUENERWERBSARBEIT – Feminisierung der Beschäftigung** 10

■ **SONDERFALL SCHWEIZ – Heidi Trümmerhaufen** 12



■ **MUHAMMED ALI – Der König ist tot – es lebe der König** 16



Abschied vom Sonderfall Schweiz

Der Krisenschub seit 1989 und die damit verbundene Verschärfung der Konkurrenz unter den Finanzplätzen sowie der Zusammenbruch des Revisionismus setzen dem Sonderfall Schweiz auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene ein Ende. Während die reaktionäre Mobilisierung vorgaukelt, das Festhalten daran könne «uns» aus der Krise retten, setzen wir dem den internationalistischen Klassenkampf entgegen.

Schweizer Banken, Schweizer Geld ...

(kgi) Das Schweizer Bürgertum reibt sich die Augen: Bisher waren es die Linken, welche seine Komplizenschaft mit den Nazis, die schmutzigen Geschäfte mit den Marcos und Mobutus, die repressive Flüchtlingspolitik und die Auslieferung jüdischer Flüchtlinge in die Konzentrationslager und Gaskammern denunzierten; welche die Kriegsverschönerung nicht allein auf den bewaffnet neutralen Wehrwillen unserer Eltern und Grosseltern (den wir in keiner Weise herabmindern!) zurückführten, sondern vor allem auf die Nützlichkeit der Gold- und Devisengeschäfte oder intakter Transportwege für die Nazis.

... morden mit in aller Welt!

Plötzlich ist es die US-Regierung, welche im Eisenstat-Bericht der damaligen Schweiz Kriegsverlängerung vorwirft. «Für uns dagegen bedeuten die Angriffe gegen unser Land eine Herausforderung, wie sie die Schweiz seit Jahrzehnten nicht mehr gekannt hat. Der ständige und wachsende Druck, dem wir ausgesetzt sind, erzeugt bei meinen Landsleuten das Gefühl, von einem Freund ungerecht behandelt zu werden.» Mit

diesen Worten beklagt sich der Präsident der Credit-Suisse Gruppe, Rainer E. Gut, vor dem «National Press Club» in Washington über die Kampagne der US-Bourgeoisie gegen ihre Konkurrenten von der Bahnhofstrasse Zürich. Gut erkennt die historische Dimension dieses Vorgangs: Zur Zeit des Kalten Kriegs war die Rolle der Schweiz als Finanzdrehscheibe und ruhiges Hinterland für die Imperialisten verschiedener Couleur gleich nützlich wie seinerzeit für die Nazis. Mit dem Vorteil, dass «unsere» Bourgeoisie diesmal auf der Seite der Gewinner stand.

Historische und ökonomische Grundlagen des Sonderfalls Schweiz

Schon die alten Eidgenossen beanspruchten den Sonderfall, indem sie die üblichen feudalen Hierarchien bekämpften und die *Reichsunmittelbarkeit* für sich beanspruchten. Die strategische Lage an den Alpenübergängen machte diese Politik möglich. Nach dem Ende ihrer Grossmachtsträume (Marignano 1515) blieb diese Lage sowie der Verkauf von Söldnern der einzige Rohstoff. Nachdem Napoleon 1803 der sogenannten *Wiege der Demokratie* gewaltsam erste bürgerliche Staatsformen beigebracht hatte, entwickelte sich eine besondere Form der Industrialisierung: dezentral auf dem Land, entlang den Flussläufen mit ihrer Wasserkraft. Es gab nicht so viel massiertes, von seinen Produktionsmitteln gänzlich «befreites» Proletariat wie in anderen Ländern, sondern teilweise lohnabhängige Kleinbauern, mit denen sich *Föderalismus*, *direkte Demokratie* und *Konsenspolitik* leichter ent-

Fortsetzung auf Seite 2



**Klassenkampf hier und international!
Den Kampf auf die Strasse tragen!**

**Am 27.9.1997, 14 Uhr
Hechtplatz, Zürich**

Fortsetzung von Titelseite

wickeln liessen als in den umliegenden industrialisierten Ländern. Nicht dass es keine Kämpfe gab, doch die so zersplitterte Klasse erwies sich als leichter integrierbar, das *ruhige Hinterland* als Nährboden für den Finanzplatz wurde zum willkommenen «Rohstoff» im Dienst des Schweizer Kapitals. Die dazu passende *bewaffnete Neutralität* erlaubt ihnen seit bald zwei Jahrhunderten, als *Kriegsverschonte* mit allen zu geschäften und von Kriegen zu profitieren. Das wurde mit den Aktivitäten der *humanitären Schweiz* verbrämt, die Kriege letztlich eher ermöglichen statt verhindern. Die Integrationspolitik fand einen Höhepunkt im *Arbeitsfrieden* von 1937. Boomte die Wirtschaft wie vor dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg, wurden jeweils bis zu 20% der Bevölkerung (in den umliegenden Ländern nie mehr als 5%) an AusländerInnen hereingeholt, um die Drecksarbeit zu machen unter möglicher Verweigerung sozialer und politischer Rechte. Das ermöglichte in Krisenzeiten, besonders am Ende des langen Aufschwungs 1973, den *Export der Arbeitslosigkeit und somit einsam niedere inländische Arbeitslosenzahlen*.

Der Krisenschub ab 1989 und der Zusammenbruch des Revisionismus

Der Krisenschub beendet den Sonderfall fehlender Arbeitslosigkeit und führt zur tendenziellen Aufkündigung des Arbeitsfriedens durch die Arbeit«geber». Er verschärft die Konkurrenz unter den verschiedenen Kapitalfraktionen im Weltmassstab, also auch die Konkurrenz unter den Finanzplätzen. Der Zusammenbruch des Revisionismus macht die Sonderfunktion der Bahnhofstrasse überflüssig. Die imperialistische Kapitalfraktion Schweiz versucht, Richtung EU und Nato zu flüchten, sekundiert von ihren Helfershelfern aus SP und Gewerkschaftsspitzen. Das ganze ideologische Sonderfallgeschmäus steht plötzlich zur Disposition.

Der reaktionären Mobilisierung den internationalistischen Klassenkampf entgegenseetzen!

Das ist der Nährboden für die *reaktionäre Mobilisierung* mit dem internationalen Kapitalisten Blocher als Galionsfigur. Da sich die herrschende Sonderfallideologie auch weit in die ArbeiterInnenklasse hereingefressen hat, kann das ideologische Festhalten daran dem Proletariat als Ausweg aus der Krise vorgegaukelt werden. Dieses hat es aufgrund seiner Geschichte nicht leicht, sich als Teil des internationalen Proletariats zu sehen, das *kein Vaterland* hat. Deshalb kommt *uns* das Ende des Sonderfalls gelegen, und unsere Tatkraft ist darauf gerichtet, diesen weiter zu zersetzen, dem damit verbundenen ruhigen Hinterland ein Ende zu setzen. Ein Schritt auf diesem Weg ist unsere Mobilisierung auf die **Demo am 27. September 1997 in Zürich**, an der wir die hier dargestellten Inhalte auf die Strasse tragen wollen!

¹ Die staatsrechtliche Stellung von Gebieten und Personen, die dem deutschen Reich und seinem Kaiser direkt unterstanden, ohne «Zwischenherrscher», wie z.B. die Grafen von Habsburg zur Zeit der Gründung der Eidgenossenschaft.

Der Revolutionäre Aufbau Schweiz im Internet:

<http://www.geocities.com/CapitolHill/9082>

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU SCHWEIZ

Zentrum vom Kommunistischen Aufbau Basel:
Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Geöffnet jeden Dienstag von 18 bis 20 Uhr

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich:
Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich
Geöffnet jeden Samstag von 14 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Kommunistischer Aufbau Basel, Postfach 81, 4007 Basel
Kontaktadresse Bern, Postfach 282, 3000 Bern 11

Redaktion

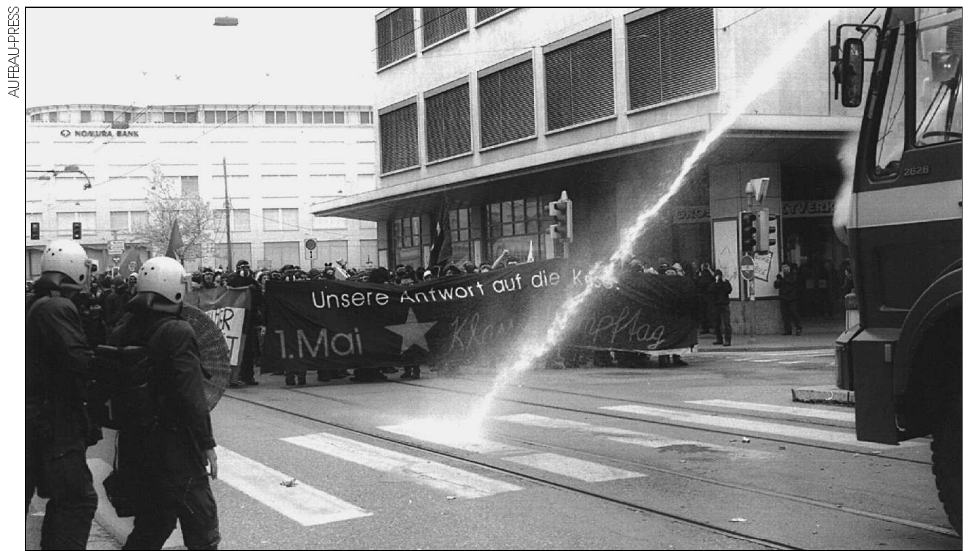
Kommunistischer Aufbau Basel (ka), MarLen (ml),
KGI (kgi), Jugendgruppe (jg), Migrationskomitee (mk),
Arbeitsgruppe Klassenkampf (agkk), Arbeitsgruppe Antifa (agaf),
Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur).

Vertrieb Deutschland

Gruppe 2, Fasanenstrasse 142, D-82008 Unterhaching

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich
Fax 01/461 70 69, Internet <http://www.geocities.com/CapitolHill/9082>
PC-Konto 80-33638-5



Zürich, 1. Mai 1997.

Editorial

Wir sprechen vom Ende des Sonderfalls Schweiz und sagen in dieser Nummer, was wir damit meinen.

6/7 **Arbeitslosigkeit** und deren Folgen sind für immer mehr ArbeiterInnen und Angestellte eine Realität. Und wer keine Arbeit hat, muss sich öffentlich als **fauler Hund** beschimpfen lassen, derweil sein **Taggeld** am Laufmeter

3 **gekürzt** wird. Der **Baubranche** geht's schlechter denn je. Die Raubgeschäfte der Schweizer Bourgeoisie mit den Nazis holt die Schweiz als Nation ein.

Ist die Schweiz am Ende? Wir meinen: Der Sonderfall Schweiz ist am Ende. Nicht wegen der fleissigen (Schweizer) Hehler, die sich während des 2. Weltkrieges schamlos bereicherten. Das war und ist nicht neu. Nach 1945 haben sie weiter gestohlen, wo sie nur konnten. Ihre Geschäfte während des Krieges sind nur willkommener Anlass, um sie heute aus dem Geschäft zu bugsieren. Eine Konkurrenzgeschichte: Finanzplatz gegen Finanzplatz. Das tangiert nun allerdings nicht das Proletariat, wohl aber die Schweizer Bourgeoisie. Trotzdem. Die Arbeitslosigkeit sowie die Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und die von der ArbeiterInnenklasse erkämpften sozialen Errungenschaften (AHV, Arbeitslosenversicherung) haben durchaus einen gemeinsamen Hintergrund mit den Angriffen gegen den Finanzplatz Schweiz: Das Ende des langen Aufschwungs und die damit verbundene weltweite Krise. Diese setzt dem **Sonderfall Schweiz** ein Ende.

Die breiten Publikationen über die Raubgoldgeschäfte haben dem Image der Schweiz als Rot-Kreuz-Land bösen Schaden zugefügt. Das mobilisiert die **reaktionären Hetzer** um Christoph Blocher, welche ihr eigenes Süppchen kochen.

Die imperialistische Bourgeoisie ihrerseits sucht ihr Heil in der Zukunft, im Wissen, dass auch sie keine Lösungen für die Überwindung der Überproduktionskrise vorbringen kann. Ihre **Lösungsmodelle** gleichen sich in einem Punkt: für die Klasse sind sie nur negativ.

Wir haben gar nichts gegen das Ende des Sonderfalls Schweiz, denn er hat es dem Schweizer Proletariat nicht einfach gemacht, sich als Teil des internationalen Proletariats zu verstehen. Sein Ende schafft andere Voraussetzungen im Klassenkampf.

Denn: Einzig die eigenen Klasseninteressen vermögen einen Bezug zu den Interessen des internationalen Proletariats zu schaffen. Dies kann sich in der Klassen-solidarität ausdrücken – beispielsweise in der Unterstützung eines konkreten Kampfes, der die Klasseninteressen des eigenen Landes mittransportiert. Oder: In der Verallgemeinerung mittelbarer proletarischer Erfahrungen, die als Impulse in die Entwicklung der eigenen Perspektive einfließen.

Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist unsere **internationalistische Demo** in Zürich vom 27. September dieses Jahres.

An neue Leserinnen und Leser

Die Klassengegensätze von Besitzenden und Besitzlosen einerseits und das in der Produktion herrschende Chaos andererseits zwingen der heutigen Gesellschaft mehr denn je ihren prägenden Stempel auf. Den Stempel der Ausbeutung und Unterdrückung. Der unaufhaltsame Anstieg der Arbeitslosenzahl ist nur ein Ausdruck dieser Gegensätze, die sich in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise der heutigen kapitalistischen Gesellschaften zeigen. Ein tiefer Graben trennt Bourgeoisie und Proletariat – wir sitzen nicht im gleichen Boot. Die KapitalistInnen und mit ihnen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gehören in den Mülleimer der Geschichte.

Für diesen revolutionären Prozess steht der Revolutionäre Aufbau Schweiz ein. Wir sind in verschiedenen Gruppen organisiert, welche in den Bereichen proletarische Jugend, Betriebskampf, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe tätig sind. *aufbau* ist unsere Zeitung. Wir sind parteiisch und bringen Informationen und Analysen aus proletarischer Sicht, berichten über unsere praktische Arbeit und stellen diese wie auch unsere theoretischen Auffassungen zur Debatte. Auf Deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Umstrukturierung in der Baubranche

Big Deal!

Der Druck zur Umstrukturierung auf die Baubranche ist riesig. Das im Parlament beschlossene Investitionsprogramm ist nur ein kleines Pflästerchen. Die Unterstützung der Gewerkschaften geht also in die falsche Richtung.

(mk) Ein Rudel Wölfe schien in den bürgerlichen Meinungsblättern gegen das Investitionsprogramm anzuheulen. Doch Ende April wurde es im National- und Ständerat mit den Stimmen der FDP, der CVP und der SP verabschiedet, während sich die SVP und die Freiheitspartei dagegenstellten. Kein Wunder heulen sie, wenn sie zweimal 561 Mio. Fr. aus der Staatskasse herausrücken müssen. Es ist allerdings auch kein Wunder, dass es tatsächlich beschlossen wurde, sondern vielmehr das Ergebnis einer kühlen Rechnung.

Das Investitionsprogramm ...

Die Logik, mit der das Investitionsprogramm verkauft wurde, ist eigentlich so einfach wie bestechend. Die zweimal 561 Millionen des Bundes würden ein Mehrfaches an Investitionen auslösen. Denn Kantone, Gemeinden und Private, die Unterhalt oder Neuinvestitionen tätigen, müssen den grössten Teil der Kosten selber aufbringen. Der Bundeszuschuss soll ihnen dabei auf die Sprünge helfen, geplante, aber zurückgestellte Investitionen auch tatsächlich machen zu können. Damit würden also ab dem Herbst ein Haufen zusätzlicher Aufträge das Baugewerbe beglücken. Und wenn die Baufirmen Aufträge haben, dann ist es eigentlich nichts als logisch, dass damit die Arbeitslo-



Gerade 70 FunktionärInnen leisten gleichentags in Zürich den zu hohen Frankenkurs – Steckenpferd Serge Gaillards.

sigkeit nicht nur verhindert, sondern sogar noch vermindert werden kann. Im Investitionszulagenbeschluss steht denn auch wörtlich: «Die Finanzhilfe soll den schweizerischen Arbeitsmarkt entlasten. Sie darf zu keiner höheren Ausschöpfung der Saisonierkontingente führen». Nur: Diese einfache Logik führt in die Irre.

... ist keine Krisenlösung ...

Man kann nicht begreifen, was in der Baubranche passiert, wenn man nur auf die fehlenden Aufträge



Über 10 000 Bauarbeiter demonstrierten am 25.5.1997 in Bern gegen den Angriff auf den Landesmantelvertrag.

start. Wohl werden als Folge der allgemeinen Krise weniger Gewerberäume und Industriebauten gebraucht. Doch entscheidend für die Firmen ist nicht die Anzahl der Aufträge, sondern die Profite, die sie machen. Die verschärfte Konkurrenz lässt nun diese Profite in den Keller sausen. Die einzelnen Unternehmer versuchen verzweifelt, einen Extraprofit zu machen. Das gelingt ihnen nur, wenn sie die Produktivkraft erhöhen, das heisst Maschinen einsetzen.

Trotz harter Arbeit auf den Baustellen ist die Produktivität im gesamten Baugewerbe zu klein. Das hängt mit der Natur des Bauens zusammen. Viele Arbeitsabläufe auf dem Bau geschehen noch immer von Hand und können nur schwer mechanisiert werden. Die niedrige Produktivität wurde durch die Ausbeutung ausländischer Arbeiter zu tiefen Löhnen bisher einigermassen aufgefangen. Doch die Krise hat den strukturellen Fehler der Baubranche zum Vorschein gebracht, und die Baufirmen müssen nun dafür eine Lösung finden.

Die vorerst einfachste Lösung haben die meisten schon versucht: Mehr als ein Drittel aller Bauarbeiter ist in den letzten Jahren entlassen worden. Das ist viel mehr als die Aufträge zurückgegangen sind. Nun müssen andere Wege zur Erhöhung der Profitrate beschritten werden. Weil das Baugewerbe insgesamt zurückgeblieben ist, gibt es, gerade im Tiefbau, noch einiges zu mechanisieren, beim Brücken- und Tunnelbau, in der Vorfabrikation von Fertigelementen. Der Sprung in die Mechanisierung bedingt aber einen Zusammenschluss der Firmen, wie es z.B. die drei Grössten der Branche (Preiswerk, Stuaug und Schmalz) erst vor kurzem taten. Die neue Batigroup hat sich nun zum grössten Unternehmen dieser Art gemauert. Damit sind die Fusionspartner zwar ihren Konkurrenten einen Sprung voraus, doch weil nur die menschliche Arbeit Wert schafft und immer weniger Arbeiter auf dem Bau tätig sind, müssen die verbliebenen um so mehr ausgebeutet werden.

...sondern ein kleines Pflaster auf eine grosse Wunde

Weil in der Baubranche die Handarbeit überwiegt, ist es ohne weiteres möglich, ein paar Maschinen aus einer Konkursmasse zu erwerben und eine neue Firma zu gründen. Die Zahl der Baufirmen, von denen die meisten Kleinfirmen sind, ist deshalb ungeachtet vieler Konkurse konstant geblieben. Die vier grössten Unternehmen haben zusammen nur 5% Marktanteil. Kurz: Die Kapitalkonzentration hat noch nicht richtig begonnen. Der Druck zur Umstrukturierung, der auf der Baubranche lastet, ist also riesig. Das Investitionsprogramm vermindert diesen Druck um ein wenig. Doch so viele Arbeitsplätze, wie mit den Umstrukturierungen vernichtet werden, kann das Investitionsprogramm gar nicht schaffen.

Clever, clever

Dieses Pflästerchen wurde aber der Baubranche nicht einfach geschenkt. In der Schweiz gibt es 5800 Bauunternehmen und immer noch etwa knapp 100 000 Bauarbeiter, davon sind 44 000 Schweizer. Zusammen mit dem Baumeisterverband hat sich auch die Baugewerkschaft GBI (Gewerkschaft Bau und Industrie) dafür stark gemacht. Zudem wurde das Investitionsprogramm von der SP unterstützt, in deren keynesianisches Wirtschaftsprogramm es hervorragend passt. Es hätte also die bürgerlichen Poli-

tiker einige Mühe gekostet, dieses Programm zu verhindern. Warum nicht mit diesem Geld die Autobahnen sanieren, was sowieso in den nächsten Jahren gemacht werden müsste?

Dazu waren sie noch clever genug, sich die Investition ins Nationalstrassennetz von der Parlamentslinken vergolden zu lassen: Im Nationalrat wurden im Gegenzug zum Investitionsprogramm permanente Steuersenkungen für umsatzstarke Betriebe im Wert von jährlich 420 Millionen auch von der Ratslinken gutgeheissen. So wird eine zweimalige Ausgabe für die Jahre 1998 und 1999 von je 561 Mio. Fr. auch für bürgerliche PolitikerInnen leicht zu verschmerzen sein.

Sackgasse für die Gewerkschaft

Die Unternehmer können die Krise für sich nur auf dem Buckel der ArbeiterInnen lösen. Das Investitionsprogramm tut zwar so, als ob es eine Krisenlösung für Unternehmer und Bauarbeiter gleichzeitig sei. Das ist aber eine Illusion, weil es den Druck zur Umstrukturierung nur ganz leicht mildert. Es ändert also nichts daran, dass die Lösung der Krise für die Bauarbeiter nur im gemeinsamen, betriebsübergreifenden Kampf gegen die Unternehmer liegen kann. Wenn man der GBI nicht Zynismus unterstellen will, dann bleibt nur die Feststellung, dass sie sich Illusionen macht, entweder weil ihre Spitze tatsächlich an die positiven Auswirkungen dieses Programms glaubt, oder weil sie ihrer Basis irgendetwas vorweisen muss, das Erfolgsversprechend aussieht.

Gerade die grossen Baufirmen wie Zschokke und Spaltenstein haben die Löhne jetzt schon gesenkt oder wollen es nächstens tun. Für die Neuverhandlung des Gesamtarbeitsvertrags (Landesmantelvertrags), die im Herbst ansteht, sind das düstere Aussichten. Die Baumeister werden dann kaum Rücksicht darauf nehmen, dass die Gewerkschaft ihnen beim Investitionsprogramm Schützenhilfe geleistet hat.

Wie weit die Baufirmen Lohnsenkungen durchsetzen können entscheidet allein das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeitern und den Baumeistern. Die Bauarbeiter von Zschokke in der Westschweiz haben sich erfolgreich gegen die Lohnsenkungen gewehrt. Ihr Kampf ist wichtig, nicht nur für sie selber, sondern weil er aufzeigt, dass das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeitern und den Unternehmern verändert werden kann.

Was gehört zum Investitionsprogramm?

Der grösste Teil der bewilligten 561 Mio. Fr. ist für den *Unterhalt der Autobahnen* bestimmt. Dazu wird der Beitrag, den der Bund zu leisten hat, zugunsten des Kantonsbeitrags erhöht. Weiter gehört dazu der *Investitionszulagenbeschluss*. Für den Unterhalt oder die Erneuerung von Strassen, Gebäuden oder technischen Anlagen von öffentlichen Körperschaften sollen vom Bund 15–20% der Kosten zugeschossen werden. Dafür sind 100 Mio. Fr. reserviert. Eine ähnliche Zuschussregelung für Private gilt für den Neu- oder Umbau von Energiesparanlagen (*Energieinvestitionsbeschluss*) in der Höhe von 64 Mio. Fr. Weitere 60 Mio. Fr. sind für die *Förderung des Lehrstellenangebots* durch Zuschüsse an ausbildende Firmen und zur Vermittlung von Lehrstellen bestimmt.

BERICHTIGUNG

Im Artikel «Albanien – bewaffneter Volksaufstand» (aufbau 6/97) hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Der Artikel sollte mit dem zweitletzten Absatz enden: «Das Volk hat seine Macht erkannt und was auch immer geschehen wird: Die Erfahrung, nur auf die eigenen Kräfte zählen zu können, wird im albanischen Volk in neuer, aktueller Form weiterleben.» Der anschliessend folgende letzte Absatz im Artikel zum Widerspruch zwischen den BewohnerInnen von Nord- und Südalbanien war eigentlich als Fussnote konzipiert. Durch den Layoutfehler entstand somit der Eindruck, wir würden, ähnlich wie die bürgerlichen Medien, diesen Widerspruch ins Zentrum setzen.

Türkische Grossmachtsträume

Der kranke Mann am Bosphorus

Zwei Phänomene beherrschen die türkische Innenpolitik der letzten Jahre: Die kurdische nationale Frage und die Entwicklung des Islamismus. Der nachfolgende Artikel setzt sich mit den Grossmachtsträumen des Nato-Landes und seines Verbündeten, den USA, auseinander.

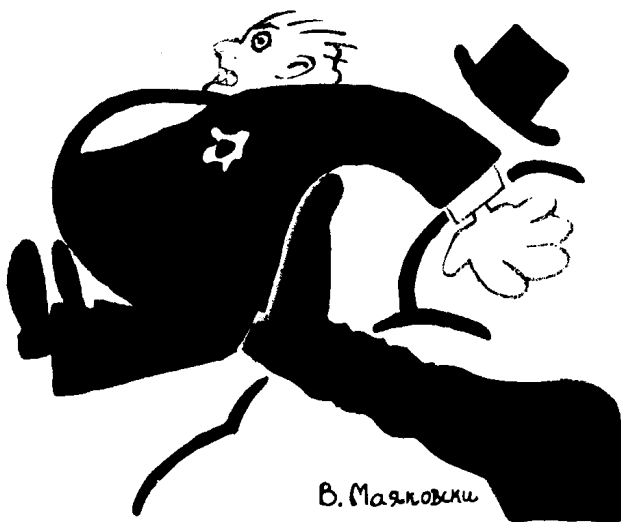
(ml) Eine tiefe Wirtschaftskrise und ein korrupter Staatsapparat treiben die Massen auch in der Türkei in die Arme der Islamisten, derweilen die anderen Parteien ihre Basis zunehmend verlieren. Erstmals in der Geschichte der Türkei wurde 1996 mit dem Segen der Armee ein Islamist Ministerpräsident. Die Einbindung des Islamisten Erbakan in das korrupte Staatsgefüge hätte nach dem Kalkül der Armee zu einem Prestigeverlust bei den Massen führen und die revolutionäre Bewegung zurückdrängen sollen. Erbakans Refah-Partei setzte nun allerdings, kaum war sie an der Regierung, die religiösen Empfindungen des Volkes noch gezielter ein, um gleichzeitig in der Aussenpolitik vermehrt mit den islamistischen Regierungen der Region zusammenzuarbeiten. Beides diente der Stärkung der eigenen Seite im inneren Kräfteringen um die Macht. Dieser zunehmende Machtgewinn wurde den kemalistischen Kräften sehr rasch zu gefährlich. Die Armee eröffnete eine antiislamistische Propagandakampagne im ganzen Lande und drohte offen mit einem Putsch. Der Staatsapparat glich einer offenen Bühne, auf der das Schauspiel «wer ist die herrschende Kraft in diesem Land» gezeigt wurde. Erbakan musste schliesslich abtreten. Anfangs Juli wurde die Regierung umgebildet; sie steht nun wieder unter dem direkten Einfluss der Armee, welche ein Zurückdrängen der religiösen Kräfte verspricht.

Eine Machtdemonstration auf der Strasse

Mit einer Jahresinflation von fast 80% und einem Haushaltsdefizit von knapp 7% des Bruttoinlandsprodukts ist der türkische Staat pleite. So pleite, dass jede Regierung zu sofortigen Massnahmen greifen muss, bevor sie überhaupt die Staatsgeschäfte aufnehmen und vor allem den Krieg in Kurdistan weiterführen kann. Der neu eingesetzte konservative Regierungspräsident Mesut Yilmaz griff hart durch: Der Preis aller lebensnotwendigen Konsummittel wurde mit einem Schlag um 30% erhöht. Gleichzeitig wurde der Angriff auf die Islamisten mittels einer Schulreform fortgesetzt. Das Schulobligatorium wird von 5 auf 8 Jahren erhöht, was die Schliessung der islamistischen Mittelschulen nach sich zieht. Vor allem letztere Massnahme trieb die religiösen Kräfte zu massiven Protesten. Am 29. Juli begrüsst Abgeordnete der Refah-Partei in Ankara Zehntausende von DemoteilnehmerInnen, welche erstmals in der Geschichte der Türkei bis vor das Armeehauptquartier gelangten. Die Polizei hatte die Durchbrechung der Abschränkungen zulassen müssen.

Der Nationale Sicherheitsrat

Dieser bildet im türkischen Staat die eigentliche Macht. Hinter ihm stehen die Armee, die Staatsbürokratie und der Geheimdienst. Die jeweiligen Regierungen empfangen von ihm ihre Direktiven. Das Parlament ist seit seinem Bestehen vor 70 Jahren eine Marionette, die den faschistischen Charakter der Herrschaftsform kaschieren soll. Bei jeder Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krise und gleichzeitiger Erstarkung der Opposition der Volksmassen, hat sich die Armee jeweils an die Macht geputscht und den parlamentarischen Apparat abgeschafft. Nach brutaler Zerschlagung jeglicher Opposition übergibt sie dann vorübergehend und bis zum nächsten Mal ihren zivilen Marionetten die «Macht». So war auch der Militärputsch vom 12. September 1980 eine Antwort auf die bewaffnete revolutionäre Bewegung, die nach ihren Anfängen in den 70er Jahren immer mehr



an Stärke und Breite gewann. Nachdem es den staatlichen Kräften nicht gelungen war, die revolutionären Kräfte durch die Mobilisierung der faschistischen «grauen Wölfe» zu stoppen, benutzten sie die Politik der eisernen Faust. Eine grausame Angriffswelle gegen alle revolutionären und links-oppositionellen Kräfte begann; Hunderttausende wurden verhaftet und gefoltert, Zehntausende ermordet, Tausende verschwanden.

Die lange Tradition des militärischen Apparates

Während der 600 Jahre Osmanischen Reiches war für die jeweils herrschenden Machthaber der Staat ein Instrument, um die unterdrückten Klassen und Nationalitäten zu versklaven. In seiner Blütezeit umfasste das Reich ein Gebiet von Indien bis Afrika und von dort bis Österreich. Die osmanischen Herrscher klauten alles und trieben ihre Steuern ein. Millionen von Menschen verschiedenster Nationalitäten lebten unter dieser Zwangsherrschaft. Diese Grossmacht benötigte eine starke Armee, die jeden Aufstand niederschlagen konnte. In der Geschichte des Osmanischen Reiches wurden Armenier, Kurden, Araber, Griechen, Perser und andere Völker massakriert und von ihren Gebieten vertrieben. Der moderne türkische Staat, der nach dem Zerfall des osmanischen Reiches 1923 gegründet wurde, hat die Arroganz dieser Grossmacht sowie zahlreiche Methoden des früheren Herrschaftssystems übernommen und auf ideologischer und kultureller Ebene verfeinert. Die alte barbarische Herrschaftstradition wurde mit der faschistischen Doktrin von Kemal Atatürk verbunden.

Die heutigen Grossmachtsträume und der US-Imperialismus

Die Grossmachtsträume der herrschenden Klassen der Türkei leben weiter. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion streckten die Machthaber sofort ihre Fühler in Richtung der Turkrepubliken im Südosten der Ex-Sowjetunion aus. Mit der Ukraine wurde im Juni dieses Jahres ein Pipeline-Abkommen abgeschlossen. Es soll der Türkei jährlich zwischen 75 und 225 Mio. US-Dollar Einnahmen bringen. In Aserbeidschan, Turkmenistan, Kirgisistan und Kasachistan breitet sich der türkische Einfluss rasant aus. Der gesamte Bausektor, d.h. Strassen-, Häuser- und Flughafenbau wird hier von türkischen Bauunternehmen dominiert. Im Konflikt zwischen Russland und Tschetschenien griff die Türkei direkt politisch und

militärisch zugunsten von Tschetschenien ein. Diese Politik passt durchaus ins Konzept der US-Imperialisten, welche das durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene Machtvakuum in dieser Region zu füllen versuchen und zu diesem Zweck ein zweites Israel brauchen. Die Türkei eignet sich hierfür besonders gut. Einerseits steckt dieses Land seit langem in einer tiefen wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise; andererseits erscheint es für diese Rolle wegen seiner alten Grossmachts-Tradition und der historischen Entwicklung, welche verschiedenste, vom Imperialismus abhängige, in gegenseitigem Widerspruch stehende Machtcliquen im Staate hervorgebracht hat, als geradezu prädestiniert. Der türkische Vernichtungsfeldzug (inner- und ausserhalb der türkischen Grenzen) gegen das kurdische Volk deckt sich auch mit den US-imperialistischen Hegemonieinteressen im Nahen und Mittleren Osten. Bei den diesjährigen Militäroperationen im kurdischen Gebiet des Iraks war das erklärte Ziel, die PKK von ihren Stützpunkten zu vertreiben, um so die Sicherheit der Türkei wiederherzustellen. So wurden einmal mehr Dörfer bombardiert, die Zivilbevölkerung massakriert und Flüchtlinge vertrieben. Ein anderes seit Jahrzehnten verfolgtes Ziel verbirgt sich im grossen Interesse der herrschenden türkischen Cliquen (und der USA!) auf dieses geostrategisch bedeutende Gebiet: auf seine grossen Erdölvorkommen und seinen Zugang auf die weiter südlich liegenden Wasserreservate von Euphrat und Tigris.

Auf diesem Hintergrund ist auch die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel zu sehen. Diese beiden vom US-Imperialismus gesteuerten Staaten arbeiten seit längerem zusammen. Schon im Februar 1996 verabschiedeten sie in aller Öffentlichkeit ihr erstes offizielles Militärabkommen, welches Israel erlaubte, ihre Luftwaffe auf türkischem Boden zu trainieren und u.a. über den an Syrien und Iran angrenzenden Regionen



Frauen sind in allen Kämpfen des Volkes aktiv.

Aufklärungsflüge zu unternehmen. Im Gegenzug dazu erhielt und erhält die Türkei Waffen, Panzer und Kampfflugzeuge.

Diese Allianz zwingt wiederum die arabischen Länder zu einem Zusammenrücken über all ihre Widersprüche hinweg. Sie lehnen sich dagegen auf, in einer Sandwichposition zwischen zwei vom US-Imperialismus gelenkten Frontstaaten zu liegen – im Osten ein gestärktes Israel, im Norden die Türkei. Der US-Imperialismus versucht Schritt für Schritt einen langersehnten Traum zu erfüllen, den er zur Zeit der Machtkonkurrenz mit der Sowjetunion nicht verwirklichen konnte – beim Wettstreit um die Ausbeutung der Ressourcen und Einflussgebiete in dieser ökonomisch und geostrategisch bedeutsamen Region die klare und unumstrittene Machtposition einzunehmen. Mit der Achse Israel-Türkei scheint sich für die US-imperialistischen Interessen ein Kreislauf in der Geschichte zu schliessen. Ob dieser Machtrausch reale Überlebenschancen hat, wird die Zündkraft der durch ihn verursachten Widersprüche und der revolutionäre Kampf des Proletariats und der Volksmassen dieser Länder entscheiden.

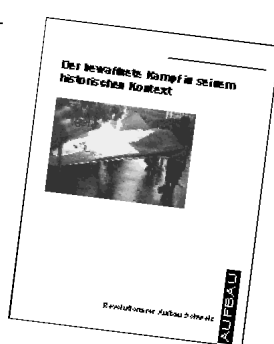
NEUERSCHEINUNG

Das KGI, eine Gruppe aus dem revolutionären Aufbau Schweiz, hat im Mai dieses Jahres eine kleine Broschüre mit dem Titel «Der bewaffnete Kampf in seinem historischen Kontext» herausgegeben. In einem theoretischen Teil wird auf dem Boden eines marxistischen Theorie- und Praxisverständnisses die Rolle der revolutionären Gewalt und des bewaffneten Kampfes innerhalb der ArbeiterInnenbewegung beleuchtet. Ausgangspunkt sind die Fragestellungen bei Marx und Engels. Untersucht wird alsdann das Verhältnis der Bolschewiki zur revolutionären Gewalt, die diesbezügliche Praxis der Kommunistischen Partei Deutschlands und den von Mao Tse Tung theoretisierten Volkskrieg bis hin zur RAF und den Brigate Rosse.

Nebst einem Interview, das von einem jungen Genossen mit einem seit den 60er Jahren aktiven Kommunisten geführt wird, findet sich als Anhang die Geschichte dreier bewaffneter Gruppen aus der

Schweiz der früheren siebziger Jahre. Diese Texte, im Jahre 1984 verfasst, wurden seinerzeit in der Doku «Die bessere Kenntnis der Situation schafft die bessere Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen», publiziert.

Die Publikation ist für all jene von Interesse, welche die Geschichte nicht aus nostalgischen Gründen studieren, sondern sich die revolutionäre Geschichte aneignen, weil sie die Gegenwart verändern wollen. (Zu bestellen bei der Redaktion oder direkt zu beziehen bei Aufbau Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich. Preis: Fr. 5.– plus Versandkosten)



Aufbau Vertrieb

Da historisches Bewusstsein davon ausgeht, die Gegenwart zu verändern ...

findet man bei uns nebst kommunistischen KlassikerInnen, proletarischen Romanen, Frauenbiographien, historischen Bildbänden ...

...aktuelles aus der internationalen Debatte zur Frage der revolutionären kommunistischen Perspektive: Subversion, Texte, Correspondence Revolutionaire, Residencia usw.

Buchantiquariat

An- und Verkauf kommunistischer Literatur, jeden Samstag, 10.00 bis 15.00 Uhr
Kanonengasse 35, 8004 Zürich
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Postadresse: Postfach 853, 8025 Zürich

Internet: <http://www.geocities.com/CapitolHill/9082>

IRAN

Streik der Erdölarbeiter

Mit Warnstreiks und Demonstrationen wehren sich die iranischen Ölarbeiter gegen die herrschenden Arbeitsbedingungen und für einen Gesamtarbeitsvertrag. Das iranische Regime antwortet mit Repression und will über eine Million ausländische Arbeiter aus dem Land werfen.

(agkk) Die Ölindustrie ist Irans wichtigste und mit Abstand grösste Industrie. Iran fördert jährlich über 180 Mio. Tonnen Rohöl. Ausserdem wird Iran ab 1999 jährlich zwei Milliarden Kubikmeter Erdgas an die Türkei liefern. Die entsprechenden Verträge zwischen Iran und der Türkei, die letztes Jahr unterzeichnet wurden, sehen vor, dass diese Menge im Jahr 2005 auf zehn Milliarden Kubikmeter erhöht werden soll. Seit 20 Jahren gibt es für die Ölarbeiter keine Gesamtarbeitsverträge mehr. Eine legale Organisation des Proletariats ist im Iran nicht möglich. Gewerkschaften sind verboten. Als Arbeitervertreter tritt nur der regierungsfreundliche Islamische Rat auf.

Warnstreik und Demo

Am 4. August 1996 versammelten sich dennoch zahlreiche, in der Erdölindustrie des Iran tätige Arbeiter, um Gespräche mit ihrem Arbeitgeber, dem iranischen Staat, zu führen. Sie forderten unter anderem einen Gesamtarbeitsvertrag, höhere Löhne und eine verbesserte Sicherheitssituation am Arbeitsplatz. Um ihre Forderungen zu unterstreichen, zogen die Arbeiter nach der Versammlung durch die Strassen und forderten Gespräche mit dem Ölminister. Sie setzten ein Ultimatum von vier Monaten. Die Arbeiter drohten mit Streik, falls ihre Forderungen bis dahin nicht erfüllt werden sollten.

Das Ultimatum verstrich, ohne dass auch nur eine Forderung erfüllt worden wäre. Die Arbeiter antworteten daraufhin am 18. und 19. Dezember mit einem Warnstreik. Ein weiteres Ultimatum von einem Monat wurde gesetzt.

Doch auch dieses zweite Ultimatum verstrich, ohne dass die iranische Regierung auf die Forderungen eingetreten wäre. Am 16. Februar 1997 demonstrierten deshalb über 2000 Personen in Teherans Strassen.



Erdölarbeiter im Iran.

Während dieser Demo kam es zu heftigen Zusammenstössen zwischen den Demonstranten und den iranischen Sicherheitskräften. Dabei kamen drei Demonstranten ums Leben. In der Nacht vom 16. zum 17. Februar wurden über 200 Personen verhaftet. Einige davon sitzen heute noch in Teherans Knästen. Angehörige erhalten keine Informationen über den Verbleib der Gefangenen.

Die iranische Presse berichtete über diese Demonstration. So negativ die Berichte auch waren, so konnte dies doch als Erfolg gewertet werden. Die iranische Regierung bestritt nämlich, dass überhaupt eine Demonstration stattgefunden hätte. Normalerweise verschweigt die völlig gleichgeschaltete und zensurierte Presse Irans solche Ereignisse. Breite Teile der Bevölkerung solidarisierten sich mit den kämpfenden Ölarbeitern, was sicherlich zu einer Stärkung der proletarischen Position führt.

In zahlreichen anderen Ländern kam es zu Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen. In Kanada, Deutschland und Schweden organisierten iranische MigrantInnen Demonstrationen. Ebenso kam es zu grossen Demos in Australien und der Türkei. Dort riefen auch lokale Parteien dazu auf, sich mit den iranischen Arbeitern zu solidarisieren. Durch diesen internationalen Druck und durch die Entschlossenheit der iranischen Arbeiter werden nun erstmals internationale Delegationen zugelassen, welche die Arbeitsbedingungen im Iran untersuchen dürfen.

Mit 50 Dollar und 50 Kilogramm Mehl zurück nach Afghanistan

Diese Solidarität ist nicht nur für die Ölarbeiter enorm wichtig. Kürzlich hat das Arbeitsministerium des islamischen Regimes ein Dekret für alle Arbeitgeber im Iran erlassen, das sie verpflichtet, innerhalb eines Monats alle «ausländischen» Arbeiter zu entlassen und an ihrer Stelle einheimische Arbeitskräfte einzustellen. Den Arbeitgebern wird, falls sie sich nicht an diese Frist halten, mit Gerichtsverfahren und Geldbussen gedroht. Nach staatlichen Angaben, werden im Iran über eine Million ausländische Arbeiter beschäftigt. 80% dieser Arbeiter kommen aus Afghanistan. Diese Flüchtlinge sollen mit 50 Dollar und 50 kg Mehl nach Afghanistan abgeschoben werden. Unterstützung für dieses menschenverachtende Vorhaben erhält das Regime durch die Vereinten Nationen.

Konkurrenz, Spaltung und Krise

Die iranische Regierung befindet sich in einem Labyrinth politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Krisen. Mit dieser ArbeiterInnenfeindlichen Politik versucht nun die Regierung, sich eine kurze Verschnaufpause zu verschaffen. Das Anzetteln von Konkurrenz und Spaltung zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern durch Nationalismus und Religionswahn, sowie das Abstampeln von ausländischen Arbeitern als Ursache von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und zunehmender Armut, gehören zu den festen Bestandteilen der kapitalistischen und reaktionären Politik der Bourgeoisie weltweit.

Der Angriff des iranischen Regimes stellt einen Angriff auf die gesamte ArbeiterInnenklasse dar. Solidarisieren wir uns deshalb mit den kämpfenden Arbeitern im Iran!

SPANISCHER STAAT

Reaktionäre Mobilisierung für Fortgeschrittene

Einstimmig und freudig haben uns ausnahmslos alle Medien in den letzten Wochen den Aufstand der BaskInnen und des übrigen spanischen Volkes gegen den Terrorismus der ETA verkündet. Der einfache Mann von der Strasse, und wohl auch die einfache Frau, hätten das Joch der Angst abgeworfen, um furchtlos ihren HenkerInnen in die Augen zu sehen, und endlich sei nun auch in Spanien die Demokratie eingekehrt.

(jg) Die spanische Volkspartei, Partido Popular (PP), wurde nach dem Ende des franquistischen Regimes 1978 von Fraga Iribarne ins Leben gerufen. Iribarne war zur Zeit Francos Innenminister gewesen, ein treuer Anhänger der Diktatur. Mit der Gründung seiner Partei garantierte er die personelle Kontinuität altfranquistischer Leute in der aktuellen Politlandschaft und schuf eine der spanischen Finanzbourgeoisie und dem Militär genehme Partei. Rechts der Partido Popular gibt

es keine politischen Kräfte mehr, keine Republikaner und kein Front National. Das wäre auch nicht nötig.

Voraussetzungen und Hintergründe

Seit den letztjährigen Wahlen im spanischen Staat ist die PP Regierungspartei und führt das unter der sozialdemokratischen Regierung begonnene wirtschaftliche Krisenmanagement konsequent und zügig zu Ende. 20% Arbeitslose zählt das Land, 30% Jugendarbeitslosigkeit. Um den KapitalistInnen in ihrer misslichen Lage entgegenzukommen, wurden schon zur Zeit der SozialdemokratInnen fast alle gesicherten Arbeitsplätze in sogenannten prekäre Stellen umgewandelt, Gesamtarbeitsverträge gekündigt, nur noch befristete Arbeitsverträge ausgestellt und Sozialversicherungen gestrichen. Bei diesen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen ist es nicht verwunderlich, dass der spanische Staat keine Ausnahme punkto reaktionärer Hetze und Mobilisierung bleibt. Interessant sind lediglich Hintergründe und Ausmasse.

Historisch hat im spanischen Staat kein konsequenter Bruch zum faschistischen Franco-Regime stattgefunden. So blieb das Verständnis für die 1982 endgültig eingeführte bürgerliche Demokratie ziemlich ausgehöhlt, was sich zum Beispiel darin zeigt, dass es im Staat kaum Ansätze von BürgerInnenbewegungen oder öffentlichen Debatten gibt. Das verschärfte Jugendstrafrecht und neuerdings die Videoüberwachung aller öffentlichen Plätze konnten ohne «Gegensimmen aus dem Volk» durchgesetzt werden. Gentechnologie oder Datenschutz waren nie Themen, welche die spanische Öffentlichkeit bewegten. Auch an die systematisch in den Polizeikasernen praktizierte Folter scheinen sich alle gewöhnt zu haben. Mit dem Regierungswechsel von SozialdemokratInnen zu Partido Popular kann nun ein definitives Comeback des totalitären Gedankengutes gefeiert werden.

Ausmasse und Sündenböcke

Dass zu jeder Form von reaktionärer Hetze und Mobilisierung nicht nur günstige Voraussetzungen sondern auch Sündenböcke gehören, ist bestens bekannt. Im spanischen Staat stirbt wöchentlich mindestens einE

MigrantIn oder einE Roma an den gewalttätigen Auswüchsen des Alltagsrassismus. Selten sind es Faschistskins, die an den Morden beteiligt sind, sondern «normale» NachbarInnen, die eben keine Schwarzen und AraberInnen in ihren Strassen und keine Fahrenden nebenan wollen. Und sie wollen auch keine Linken, erst recht keine linken BaskInnen, die für ein unabhängiges sozialistisches Baskenland eintreten.

Mit der Entführung und Ermordung von Miguel Angel Blanco, Stadtrat von Ermua und Kadermitglied des Exekutivkomitees der PP von Bizkaia, hat die baskische bewaffnete Organisation ETA offensichtlich ein Fass zum Überlaufen gebracht. Nur, welches Fass? Es scheint bei genauerem Hinsehen nicht das Fass der pazifistischen Gefühle gewesen zu sein.

In Madrid, Barcelona und Bilbao gingen Hunderttausende auf die Strasse, um für die Freilassung des Stadtrats und gegen den linken baskischen Nationalismus zu demonstrieren. 48 Stunden lang hatten die staatlichen Fernsehstationen ihr gesamtes Programm gestrichen, um ausführlich über den Verlauf der Entführung zu berichten, immer wieder von Neuem zu den Demos aufzurufen und die Schuldigen beim Namen zu nennen: ETA und alle Organisationen und Leute, die mit ihr sympathisieren. Es war die grösste Reality-Show in der Geschichte des spanischen Fernsehens. Es war ein historischer Moment für die PP. Der Kampf gegen den Terrorismus vereinte die spanische Nation auf wundervolle Weise in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, besser als es die Hetze gegen illegale MigrantInnen je getan hätte. Im Anschluss an die Friedensdemonstrationen stürmten die PazifistInnen Bars und Restaurants sogenannter ETA-SympathisantInnen und Parteilokale von Herri Batasuna, einem der ETA nahestehenden Wahlbündnis, und zündeten sie an. Hunderte von Leuten, die nach links und baskisch aussahen, wurden angegriffen, Dutzende verletzt. Tagelang dauerten die Überfälle. Die Bullen schlugen und verhafteten nur die, welche es wagten, die Lokale zu beschützen.

Dass Miguel Angel Blanco sterben würde war von vornherein klar, denn der Rechtsstaat würde sich nicht erpressen lassen und die 600 baskischen politischen Gefangenen in baskischen Knästen zusammenlegen. Vermutlich hat die PP ihr Ziel damit erreicht. Politisch gestärkt geht sie aus dem Kräfte messen hervor, mit der Gewissheit, die spanischen Massen für sich gewonnen zu haben. Und auf Platz Nummer eins der nationalen Probleme scheint in den Köpfen der Leute nicht mehr die Arbeitslosigkeit, die miserablen Arbeitsbedingungen und die Wohnungsnot zu stehen, sondern die bösen TerroristInnen und ihre fiesen SympathisantInnen.



Über 50 000 Personen demonstrierten am 27. Juli 1997 für die Zusammenlegung der baskischen politischen Gefangenen.

SCHWEIZ/Jugendarbeitslosigkeit

Von oben nichts Neues

Die Jugendarbeitslosigkeit macht weiterhin Schlagzeilen. Gerade vor dem neuen Schul- und Lehrjahrsbeginn werden «Lösungen» gesucht, Betriebe moralisch angeprangert und über die Rentabilität von Lehrlingen gewarnt. Weshalb genau die Jugendarbeitslosigkeit so gesondert von der gesamten Arbeitslosigkeit betrachtet wird, muss man sich fragen. Vielleicht macht eine Jugend ohne Perspektive im Kapitalismus mehr Angst ...

(jg) Die Zahlen sind allgemein bekannt: Diesen Sommer fehlen rund 4500 Lehrstellen und 10000 LehrgängerInnen stehen ohne Job da. Gleichzeitig startet der «Blick» eine Hetzkampagne gegen Arbeitslose, in der die ökonomische Tatsache der Krise auf ein individuelles SchmarotzerInnenentum reduziert wird. Doch diese reaktionäre Hetze scheint nicht überall greifen zu wollen. Im Gegenteil. Laut einer Umfrage der «SonntagsZeitung» über Ängste von Jugendlichen, stand nicht mehr wie vor vier Jahren die Schuld der AusländerInnen an erster Stelle, sondern das Bewusstsein über die eigene Situation auf dem Arbeitsmarkt. Was wäre, wenn sich Jugendliche solidarisieren würden? Das schienen sich die bürgerlichen Medien auch gefragt zu haben, spätestens nach den Demos im Herbst vor zwei Jahren, als unerwarteter Weise Jugendliche, und zwar viele Jugendliche, auf die Strassen gingen und militant für ihre Inhalte kämpften. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit wurde aufgegriffen und zu einem Brei aus Schlagwörtern wie Rentabilität, Angst, Investitionsprogramme usw. gestampft. Was aber Arbeitslosigkeit für die Betroffenen bedeutet, kommt erst in konkreten Beispielen zum Ausdruck. So kommt eine junge, 18jährige türkische Frau in die Schweiz, arbeitet zuerst in einem Altersheim, danach in einem Copyshop. Mit 24 entschliesst sie sich, eine Lehre als Kleinkinderzieherin zu machen. Sie findet einen Praktikumsplatz zu 60% und kündigt ihre Stelle. Auf dem Arbeitsamt ihrer Gemeinde erkundigt sie sich, ob sie für die übrigen 40% Arbeitszeit stempeln kann. Der Beamte verneint. Nach Abschluss des einjährigen Praktikums findet sie keine Lehrstelle, obwohl sie sich bei jeder Kinderkrippe im Raum Zürich beworben hat. Nicht eine einzige Kinderkrippe hat ihr zurückgeschrieben. Nun ist sie ohne Arbeit. Auf dem Arbeitsamt wird ihr erklärt, dass sie nur ein Stempelgeld für ihre 60% Praktikumslohn erhalten wird. Etwa 400 Franken. Sie hätte eben doch gleich nach ihrer Kündigung stempeln gehen müssen. Dass sie falsch informiert wurde, glaubt ihr niemand. Ihre Klage ist beim Kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit hängig.

Tagung von unten, Worte von oben

Alles halb so schlimm, meint Werner Vontobel, Wirtschaftsredaktor von Cash, anlässlich einer Lehrstellenkonferenz in Biel. Erstens betrage die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien 28% und in Frankreich 20%, und zweitens sei in der Schweiz ein Lehrling im Durchschnitt nur 5,5 Monate arbeitslos, bevor er wieder etwas gefunden habe. Besagte Konferenz fand am 7. Juni 1997 in Biel statt. Dazu eingeladen hatte das JAK, Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit, bestehend aus rund 250 Organisationen aus Jugendverbänden, gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen, sowie Jungparteien. Jugendliche waren fast keine anwesend. Dennoch nannte sich die Tagung «Lehrstellenkonferenz von unten». Reichlich zu Wort kamen dort aber die VertreterInnen des Kapitals. Vontobel versuchte in seinem Referat die Jugendarbeitslosigkeit nicht isoliert zu betrachten, sondern als Teil der generellen Arbeitslosigkeit. Er war der Einzige, der sich auf die Äste von wirtschaftlichen Analysen und Utopien hinausliess. Wir seien am Übergangspunkt in eine andere Gesellschaftsform, aber für den Wandel von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungsgesellschaft brauche es Utopien, so Vontobel. Den Stoff aus dem Utopien gebaut sind, holt er sich bei seinem grossen Wirtschaftsvorbild Henry Ford, dem amerikanischen Grossindustriellen, der vor rund 70 Jahren durch das Einführen der Fließbandarbeit und durch konsequente Rationalisierung das Luxusgut Auto immer billiger produzieren konnte, damit es für ArbeiterInnen erschwinglich wurde. Dazu gehörte auch der Gedanke, dass die ArbeiterInnen genügend Freizeit und Lohn brauchen, um die eigens produzierten Güter wieder kaufen zu können. Vontobel übernimmt diese Gedankengänge und meint, die Bedürfnisse der Leute (er meint damit einerseits das Lebensnotwendige, andererseits die Luxusgüter) sollen mit kleinstmöglichem Arbeitsauf-



Feuer und Flamme dem Bonzenstaat!

wand befriedigt werden. Müssten die ArbeiterInnen zum Beispiel nur drei Stunden am Tag für das Lebensnotwendige arbeiten, so wäre eine zusätzliche Stunde Arbeit für die Luxusgüter erträglich und man hätte immer noch genügend Freizeit, um auch schön zu konsumieren. (Dazu müssten die Bonzen nur auf die restliche Zeit, die wir für ihren Profit arbeiten, verzichten, oder?).

Vielleicht will Vontobel die Jugend für dumm verkaufen, aber vielleicht sind das auch die Worte eines Analytikers des Kapitals, der verzweifelt nach Lösungen ringt. Den werten Herren und Damen KapitalistInnen hat er diesen Vorschlag bestimmt noch nie unterbreitet. Es widerspricht jeglicher Logik des Kapitals. Zwar hat die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität ein enormes Ausmass erreicht, die meisten Produkte werden in einem Bruchteil der Zeit hergestellt als noch vor ein paar Jahrzehnten, aber die Realität der Arbeiter und Arbeiterinnen hat sich trotz neuer Technologie nicht verbessert. Im Gegenteil. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass nur menschliche Arbeit einen Mehrwert erzeugt. Je höher in der Produktion der Anteil an Maschinen und technischen Errungenschaften ist, desto kleiner ist die Rate des ausgepressten Profits. Um dies auszugleichen, intensivieren die Bonzen die Arbeitshetze.

«Da die Triebfeder der kapitalistischen Produktion die Akkumulation von Kapital und nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse darstellt, kehrt sich so jeder technologische Fortschritt für die arbeitenden Menschen in sein Gegenteil. Statt uns die Arbeit zu erleichtern und die Arbeitszeit zu reduzieren, führt er zur Entlassung des einen Teils der ArbeiterInnen und zur Verschärfung der Arbeitshetze für die am Arbeitsplatz verbliebenen.» (aus Subversion Nr. 17)

Interessant ist Vontobels Schlussfolgerung, dass in der übersättigten Wirtschaft die Leute aus Angst vor fehlender Arbeit in der Zukunft möglichst viel arbeiten und möglichst wenig konsumieren. Darin sieht er den Grund der «richtigen» Arbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit, und meint weiter, dass es bei einer besseren Verteilung der Arbeitslosigkeit gar keine Arbeitslosigkeit mehr geben würde. Somit zeige sich auch, dass Arbeitslosigkeit kein konjunkturelles Problem sei, also nicht mit der Krise zusammenhänge, sondern ein strukturelles, sozusagen ein Verteilungsproblem.

Maximale Flexibilisierung

Mehr an den konkreten Tatsachen bleibt Grossrat Christoph Erb, Direktor des Kantonal-Bernischen Gewerbeverbandes, der die Lage anders beurteilt. Schuld an der Arbeitslosigkeit sei sehr wohl die schlechte Konjunkturlage. Und Hoffnungsträgerinnen seien demnach die Klein- und Mittelbetriebe, denn sie bildeten 73% aller Lehrlinge aus und seien flexibel genug, sich der schlechten Wirtschaftslage anzupassen. Aber nicht umsonst. Die staatliche Berufsbildung solle sich daher endlich den Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen, das vor der parlamentarischen Beratung stehende neue kantonale Berufsbildungskonzept solle so unternehmerfreundlich wie möglich ausgestaltet werden und auf keinen Fall eine finanzielle Mehrbelastung der Lehrbetriebe bewirken. Konkret fordert der Gewerbeverband, dass Lehrlinge in der Berufsbildung keine grossen Spezialisierungen mehr erfahren, sondern in einem bestimmten Berufsfeld ausgebildet werden, breites Allgemeinwissen, kein

Spezialwissen, damit sie später viel flexibler eingesetzt werden können. Von den vom JAK vorgeschlagenen Berufsbildungsfonds, in die alle Betriebe einen Beitrag zu leisten hätten, und diejenigen daraus schöpfen könnten, die StiftInnen ausbilden, hält er gar nichts. Im Gegenteil, der Staat ist zuständig für Ausbildungskosten, oder die Lehrlinge gleich selber. Immerhin drückt der Gewerbeverband in der Zwischenzeit aber mal moralische Unterstützungskleber für all diejenigen Betriebe, die StiftInnen ausbilden. Darauf steht: «JA, unser Betrieb bildet Lehrlinge aus.»

StiftInnen rentieren

Nicht umsonst spricht der Grossrat von den Klein- und Mittelbetrieben als Hoffnungsträgerinnen. Es geht dabei nämlich um die Rentabilität der Lehrlinge. Während in den meisten Grossbetrieben die StiftInnen erst nach der Lehre zu rentieren beginnen, z.B. wegen interner spezifischer Lehrwerkstätten, welche die Lehrlinge nicht in den allgemeinen Produktionsprozess miteinbeziehen, wird in kleineren und mittleren Betrieben bereits während der Lehre von den StiftInnen profitiert. So sehr, dass es sich lohnt, sie nach Lehrzeit wieder auf die Strasse zu stellen und neue einzustellen. Tatsache ist auch, dass am massiven Lehrstellenabbau vor allem die Grossbetriebe schuld sind. Sie fusionieren, restrukturieren und schliessen ihre Lehrwerkstätten. Vor allem bei den Grossbanken oder der chemischen Industrie in Basel gingen schon Tausende von Arbeitsplätzen und Lehrstellen verloren.

Somit werden die vom Gewerbeverband vorgeschlagenen Massnahmen keine verlorengegangenen Lehrstellen zurückbringen oder weitere grosse Verluste verhindern, sondern die Ausbeutbarkeit und den Druck auf die StiftInnen in den kleinen und mittleren Betrieben erhöhen. Und ohne Spezialisierung werden diese ArbeiterInnen und Angestellten später zu tieferen Löhnen eingestellt und innerhalb des Betriebes je nach Bedarf herumgeschoben werden.

Wie diese Ausbeutung aussehen kann, zeigt der Bericht eines Elektromonteurlerhrlings der Elektro Winkler AG, eines mittelgrossen Betriebes im Raum Zürich. StiftInnen haben dort ihre Staubschutzmasken und den Ohrschutz selber zu bezahlen, falls sie intakte Ware haben wollen. Sonst gibt es nur alte, ausrangierte.

Die Verantwortung der Lehrlinge ist enorm. In der Abteilung Zürich-Ost desselben Betriebes wurden mit der Verschärfung der Krise alle Monteure entlassen, bis nur noch Lehrlinge auf dem Bau arbeiteten und die Verantwortung trugen, ab und zu kontrolliert von zwei Chefmonteuren.

Um die Eingangstüre eines Spitals zu montieren, arbeiteten die Monteure und Lehrlinge 26 Stunden ohne Pause. Allerdings bekamen die Monteure 25 Franken pro Überstunde, die Lehrlinge 7 Franken. Soviel zur Rentabilität. Als sich entsprechender Lehrling bei der Gewerkschaft SMUV beklagte und sich als Mitglied einschreiben lassen wollte, versuchte er das zwei Mal schriftlich und zwei Mal per Telefon ohne jemals eine Antwort zu bekommen.

Die Gewerkschaften, Arbeitslosenkomitees und sozialen Institutionen wundern sich, dass ihnen die Jugend fern bleibt. Aber vielleicht wird aus dem Wundern einmal eine Erkenntnis, dass Organisationen und Konferenzen von unten etwas anderes bedeuten, als das andächtige Lauschen den Worten von oben.

SOZIALABBAU

Wer nicht arbeitet, ist nicht selber schuld

Die Arbeitslosenversicherung (ALV) ist eine Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung. Andererseits dient sie der Bourgeoisie zur Befriedung. Entstehung und Entwicklung dieser Sozialversicherung sind eng mit ökonomischen Krisen und Aufschwüngen verknüpft.

(kgi) Die Mechanisierung führt ab Anfang des 19. Jahrhunderts zu den ersten Arbeitslosen, vor allem bei den Textil- (Heim)arbeiterInnen. Dabei werden die Maschinen und nicht die dahinter stehenden Unternehmer als Ursache angesehen, was 1830 zum «Maschinensturm von Uster» führt, wo die ArbeiterInnen die Weberei «Corrodi+Pfister» anzünden. In den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts steigt die Arbeitslosigkeit enorm. Der Schweizerische Typographenbund richtet 1884 als erster eine Arbeitslosenunterstützungskasse ein. Erste öffentliche Kassen entstehen 1893 in St. Gallen.

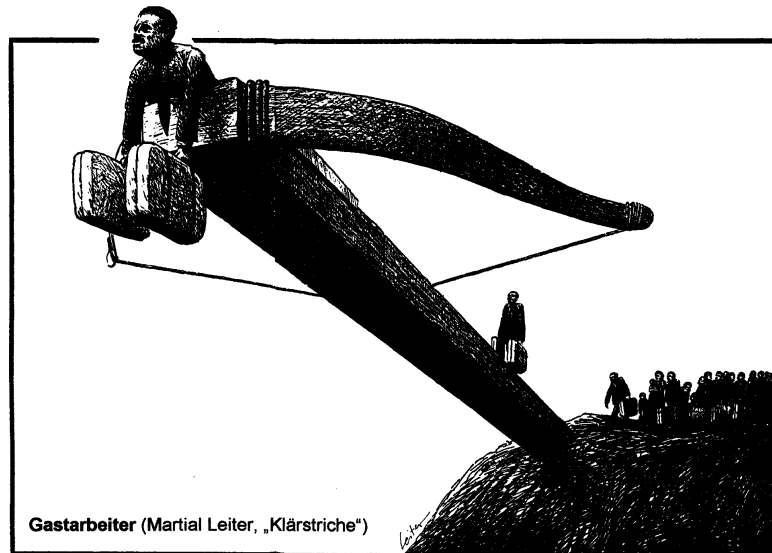
Recht auf Arbeit?

1893 scheitert ein Versuch der damaligen sozialdemokratischen Partei, ein «Recht auf Arbeit» in der Verfassung zu verankern. Innerhalb der Partei ist die Initiative heftig umstritten. Hauptkritik (gestern wie heute) an der reformistischen Linie: die Forderung ist in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht verwirklichtbar. Der Staat setzt 1924 ein Gesetz in Kraft, das die Subventionierung der ALV ermöglicht. Arbeitslosigkeit wird in den 20er Jahren als eigene Schuld angesehen, eine Ideologie, die von bürgerlicher Seite gefördert wird. Die Organisationen der ArbeiterInnenklasse sehen deshalb eine ihrer Aufgaben darin, entsprechende Bewusstseinsarbeit zu machen: Aus dem «Kämpfer» vom 25.2.1921: «... dass weder Arbeitslosigkeit, noch Streiks auf das «Verschulden» einzelner zurückzuführen sind, sondern dass die Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet ist und dass Streiks eine der wichtigsten Waffen im Kampfe der Arbeiterklasse sind! (...) dass die Errungenschaften, die der Arbeiterschaft ein halbwegs erträgliches Dasein gebracht haben, nur und ausschliesslich im unerbittlichen, opferreichen Kampf erzielt wurden. (...) dass aus der heutigen Not und Arbeitslosigkeit nur ein weiterer rücksichtsloser Kampf gegen die Bourgeoisie herausführen kann». In der Krise anfangs der 30er Jahre sind die Sparforde-

rungen von denen am lautesten, die am meisten verdienen. 1951 wird die ALV in einem Gesetz realisiert. Zu einer Zeit des Aufschwungs wird auf ein gesamtschweizerisches Obligatorium verzichtet. Das Konzept ist nicht darauf ausgerichtet, sehr viele Arbeitslose über längere Zeit zu unterstützen.

Ende des langen Aufschwunges

Zwischen 1973 und 1977 werden ca. 250 000 AusländerInnen aus der Schweiz rausgeworfen, die Arbeitslosigkeit exportiert, was eine «Entlastung» für Arbeitsmarkt und Arbeitslosenkassen ergibt. Als Folge der sich verschärfenden Krise findet 1976 das ALV-Gesetz



Gastarbeiter (Martial Leuter, „Klärstriche“)

eine breite Unterstützung. 1977 wird eine Übergangsordnung in Kraft gesetzt. Diese wird 1984 durch das «Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung» abgelöst. Neu sind u.a. enthalten: Präventivmassnahmen zur Verhütung von Arbeitslosigkeit und Einführung einer Rahmenfrist bezüglich Beitrags-/Bezugsdauer.

Auswirkungen der Krise auf die ALV

Bei der ALV-Revision von 1992 werden Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädi-

gung (bei Zahlungsunfähigkeit der Arbeit«geber») sowie Präventivmassnahmen verbindlich geregelt. Bei «Selbstverschulden» werden Leistungen gekürzt oder verweigert. 1993 wird die Zahl der Taggelder erhöht, gleichzeitig aber den Arbeitslosen ohne Unterstützungspflichten der Ansatz von 80% auf 70% des bisherigen Lohnes gekürzt. 1996 werden die Beitragsätze erhöht und die Auflagen verschärft, so z.B. die Bestimmungen über die zumutbare Arbeit. 1997 treten weitere Bestimmungen in Kraft: u.a. Verlängerung des Taggeldbezuges, je nach Alter zwischen 150–520 Tagen. Neben einer minimalen Bezugsdauer steht der verlängerte Anspruch allerdings nur jenen Arbeitslosen zu, die sich «aktiv» an Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen beteiligen. Einerseits bringen die Neuerungen jeweils einige Verbesserungen, andererseits wird die Schraube angezogen.

Sonderfall passé

Die ALV wurde vom Proletariat erkämpft, um eine Verbesserung der Situation der Arbeitslosen zu erreichen. Die Bourgeoisie ist diesem Projekt nicht a priori ablehnend gegenüber eingestellt, da die schlimmsten Auswüchse ihres kapitalistischen Systems damit abgeschwächt und somit verhindert werden soll, dass sich eine kämpferische ArbeiterInnenklasse mobilisiert und die Proteste «unkontrollierbar» werden. Allerdings darf das Zückerchen nicht zuviel kosten: Mit dem Export der Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren und der «Heim an Herd»-Kampagne gegen arbeitslose Frauen soll die «Kostenbelastung» in Grenzen gehalten werden. Die ALV, auf die heutzutage sehr viele angewiesen sind, soll nur das Existenzminimum decken. Mit einer reaktionären Offensive (z.B. «Blick»-Kampagne gegen angeblich faule Arbeitslose) versuchen sie vergeblich, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Denn bezüglich tiefer Arbeitslosigkeit ist der «Sonderfall Schweiz» definitiv zu Ende.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG/Kürzungen

Hunderttausend Schmarotzer

Ende September steht die Abstimmung über das Referendum gegen die Kürzung des Taggeldes und weitere Verschärfungen des Arbeitslosengesetzes vom 1.1.1997 an.

(agkk) Laut NZZ vom 21.2.1997 gingen in den letzten fünf Jahren 280 000 Vollzeitstellen verloren, bis heute wahrscheinlich noch ein paar tausend mehr. Laut Biga-Vizedirektor Kind gibt es höchstens 100 000 echte Arbeitslose. Die anderen 100 000 sind faule Hunde. Die Kapitalisten jubeln: ihre Aktien steigen und steigen, die Profite wachsen, die Löhne sinken.

Seit die Arbeitslosigkeit ansteigt, werden die Taggelder gekürzt. Zuerst von 80% auf 70% (1993), von diesen Kürzungen ausgenommen sind Unterstützungspflichtige (Eltern). Ab Anfang 1997 auf 67% für diejenigen, welche mehr als 130 Fr. Taggeld erhalten. Die Mehrheit bekommt weniger, ist also von dieser Kürzung nur zum Teil betroffen, und erhält noch 68–69% des versicherten Verdienstes. 130 Fr. entspricht ungefähr einem versicherten Verdienst von 4000 Fr. im Monat. Je nach Anzahl Tage – Samstag und Sonntag zählen nicht – sind das 2500 bis 2800 Fr. im Monat. 63% der Arbeitslosen verdienen weniger als 4000 Fr., 36% 3000 Fr. oder weniger.

Chi non lavora, non mangera

Wer keine Arbeit hat, erhält nicht nur weniger Geld, sondern muss auch Arbeit annehmen, wenn die Bedingungen unzumutbar sind. Ein Arbeitsweg von insgesamt vier Stunden muss in Kauf genommen werden und der Lohn muss nur noch 68% des versicherten Verdienstes betragen. Eine solche Stelle darf man nicht ablehnen, ohne dass Taggeld gestrichen werden.

Wer nach Ablauf der Rahmenfrist wieder arbeitslos wird, muss mindestens ein Jahr gearbeitet haben, um wieder Taggeld beziehen zu können, sonst winkt die Fürsorge. Einsatzprogramme gelten nicht mehr als Arbeit und werden nicht angerechnet. Gegen diese Kürzungen und Verschärfungen ergriff eine Gruppe von Arbeitslosen in La-Chaux-de-Fonds das Referendum. Der SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund) wollte mit diesem Referendum nichts zu tun haben, da

es sowieso keine Chance habe. Er setze sich lieber für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ein. Der Erfolg ist überwältigend: 200 000 ungefähr sind offiziell ohne Arbeit, über 50 000 davon länger als ein Jahr, und schon 1993/94 wurde jede R Zehnte angesteuert. Wer angesteuert ist, zählt schon gar nicht mehr, AusländerInnen, die in ihr Herkunftsland zurückgekehrt sind, sowieso nicht.

Die letzte Kürzung ist noch nicht einmal unter Dach und Fach, da stellen uns ParlamentarierInnen schon die nächste in Aussicht, denn das Defizit der ALV wird immer grösser. Das Defizit in den Taschen der Arbeitslosen zwar auch, aber das kümmert diese Damen und Herren weniger. 75% (heute 80%) soll erhalten, wer unterstützungspflichtig ist, 50% die Jugendlichen, der Rest 60%. (67–80%, je nach versichertem Verdienst). Aus welcher Küche das kommt, erstaunt uns nicht. Ein Herr Christoffel Brändli von der SVP und 26 MitunterzeichnerInnen im Ständerat reichten eine Motion mit diesen Vorschlägen ein. Der Brändli erhält als ehemaliger Bündner Regierungsrat ungefähr 100 000 Fr. pro Jahr. Dafür muss er auch nicht arbeiten, ja nicht einmal stempeln. Weiter wollen diese Leute die Bezugsdauer verkürzen, um die Sockelarbeitslosigkeit zu senken. Oder auch Hegetschweiler von der FDP denkt, die Arbeitslosen würden schneller eine Arbeit finden, wenn sie weniger Taggeld erhalten. Er will das Taggeld nach einem Drittel der Bezugsdauer auf das Existenzminimum senken. Der bürgerlichen Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, wenn es um Sozialabbau geht. Gefordert wird dies ausgerechnet von denjenigen, die nie Gefahr laufen, vom Existenzminimum leben zu müssen. Oder von den gleichen, die auch schon Stellen abgebaut haben. Und nur so nebenbei, allen Defiziten zum Trotz, sparen sie bei sich selbst, aber dort, wo sie zahlen müssten: bei den Steuern. Es lebe der Kapitalismus... Die Löhne, das Taggeld und die Sozialleistungen kürzen, die Arbeitszeit verlän-

gern, Überstunden schufteten für den Profit des Kapitalisten und wer nicht rentiert, fliegt. Und der Kapi lacht sich ins Fäustchen. Die restlichen ArbeiterInnen erledigen die Arbeit auch so, denn draussen warten über 200 000 Leute, die gezwungenermassen auch für weniger Lohn arbeiten würden.

So schrumpfen sich die Kapitalisten gesund und häufen Profite an auf unserem Buckel. Sie entlassen die Leute gratis, das heisst es kostet sie nichts. Im Gegenteil, sie sparen sich den Lohn und die Arbeitgeberbeiträge für (zum Beispiel) die Arbeitslosenversicherung. Und wie wir dann mit dem Stempelgeld leben, ist nicht ihr Problem. Im Gegenteil: Wenn man sie reden hört, könnte man meinen, wir lebten in Saus und Braus. Und eigentlich sind wir ja nur zu faul, Alkis, drogensüchtig oder Asylanten... So wenigstens sieht es Volker Kind, Vizedirektor des Biga. Wochenlang wurde dann in den Medien über die «falschen Arbeitslosen» diskutiert. Und wir sollen gefälligst arbeiten, zu einem tieferen Lohn, versteht sich. Dabei war doch der letzte schon nicht gerade grossartig. Ihre Rezepte zur Bewältigung der Krise wären lachhaft, wenn wir sie nicht ausbaden müssten.

Dem Kapital zu Diensten

Sozialdemokraten und Gewerkschaften versuchen noch, das wenige Soziale an der Marktwirtschaft zu retten, ohne grosse Begeisterung. Irgendwie müssen sie ja, vertreten sie doch die «werttätige Bevölkerung». So wird vorne gesagt: «Nein, nein, ihr macht den Sozialstaat kaputt» um dann hintenherum, aber ganz leise, damit's niemand merkt, doch ja zu sagen zum bürgerlichen Sozialabbau. «Wir wollen ja nicht, aber das Defizit, die Wirtschaft und und. Da mussten wir halt schweren Herzens doch zustimmen.» Es geht ihnen ja nicht darum, den Kapitalismus zu bekämpfen, sondern nur seine schlimmsten Auswüchse zu mildern. Arbeitslosigkeit kann da noch eine Chance sein (man darf Kurse machen, kann sich neu orientieren), es ist alles halb so schlimm, wenn ihr SP wählt. Wie man die Arbeitslosigkeit mit einer Schwächung des Frankens bekämpfen will, ist uns leider nicht ganz klar, aber wir können ja Serge Gaillard, Ökonom beim SGB fragen. Er bringt dieses Thema in jedem Interview und in jeder TV-Show. Ja, sie sitzen wie gelähmt vor fast 60 Jahren Sozialpartnerschaft und haben immer noch nicht gemerkt, dass es weder um Sozial noch um Partnerschaft geht.

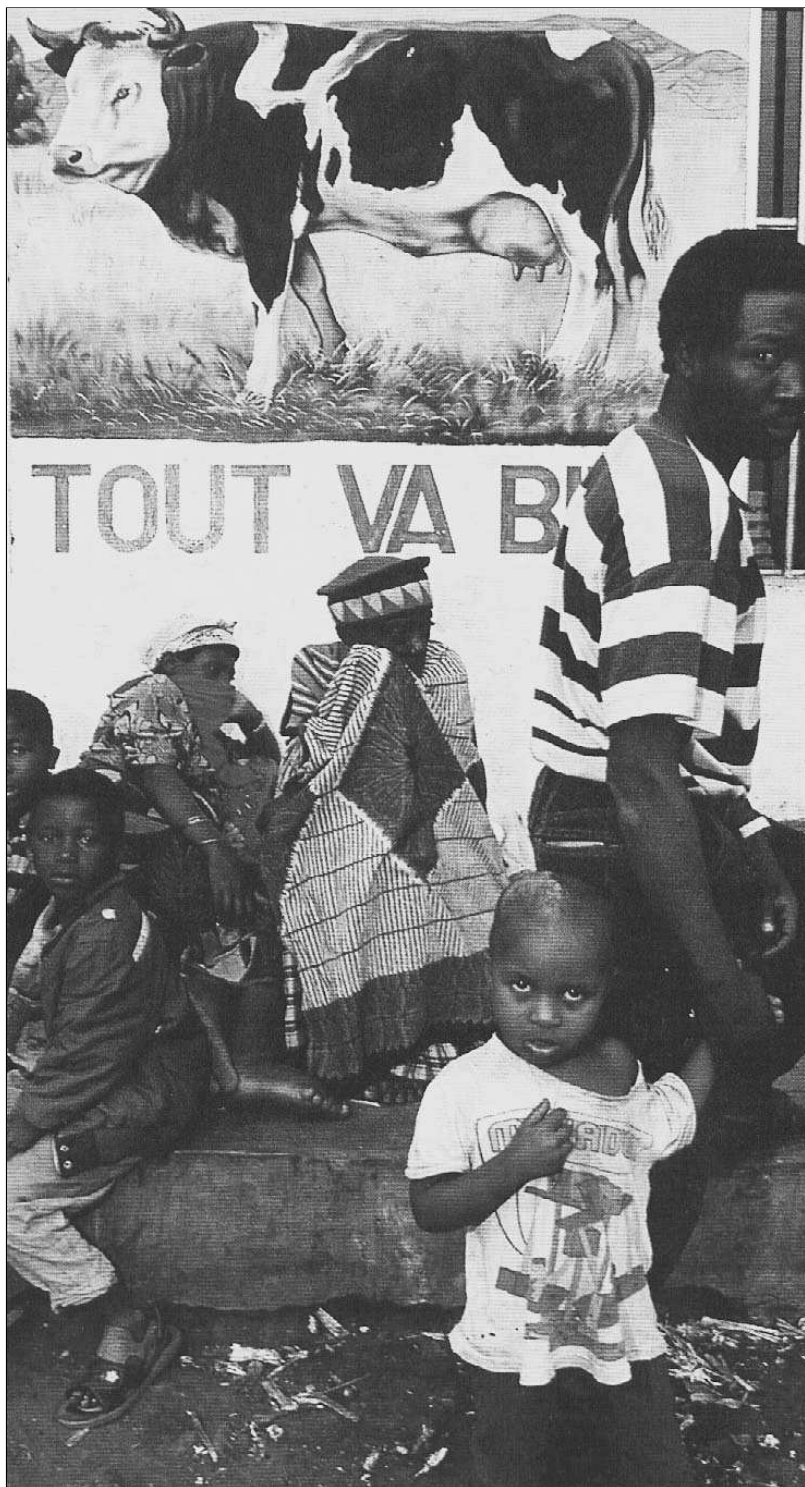
Die Verantwortung der Neokolonialisten für die Massaker in Rwanda und Burundi

Ein umfassendes Verständnis für den Aufstieg und Fall des auch von der Schweizer Bourgeoisie gehätschelten Diktators Mobutu bedingt auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte Rwandas und Burundis. Das scheinheilige Entsetzen der bürgerlichen Medien über die grauenvollen Massaker hat nur einen Zweck. Damit soll die direkte Verantwortung der imperialistischen Länder, allen voran Frankreichs, verdeckt werden. Ein kurzer geschichtlicher Überblick soll es einfacher machen, den Lügen der bürgerlichen Presse von «Stammeskonflikten» und ähnlichem Unsinn nicht aufzusitzen.

(kgi) Auf dem Gebiet der heutigen Staaten Burundi, Rwanda und Uganda lebten ursprünglich der Bantustamm der Hutu und wenige Pygmäen, die vom Ackerbau und vom Fischfang lebten. Im 15. Jahrhundert drangen aus dem Nordosten Afrikas modern bewaffnete Hirtenstämme, die Tutsi, auf der Suche nach Weideland in diese Gegend ein. Nach und nach formierten sich die Tutsi zur herrschenden feudalen Klasse, die die Einheimischen zu tributpflichtigen Untertanen machte. 1890 wurden Burundi und Rwanda von den deutschen Imperialisten als «Schutzzone Burundi-Rwanda» in Deutschostafrika eingegliedert. Mit der Privilegierung der ehemals herrschenden Klasse der Tutsi schafften sich die Kolonisatoren die Grundlage für ihre Herrschaft. Nach der Niederlage im ersten imperialistischen Weltkrieg verlor Deutschland alle Kolonien an England und Frankreich, alle ausser Burundi und Rwanda. Diese beiden Länder wurden vom Völkerbund 1919 den belgischen Imperialisten zugeschlagen. Belgien, bereits seit 1840 im Besitze des an Bodenschätzen immens reichen Belgisch-Kongo, integrierte Rwanda und Burundi in diese Kolonie. Die Kolonisatoren registrierten einen Grossteil der feudalen land- und herdenbesitzenden Elite unter der Ethnie «Tutsi-weiße Neger» und den Grossteil der Feldbauern mit wenig Viehbestand unter «Hutu-schwarze Neger». Damit sollten die Klassenunterschiede ein für allemal in einem rassistischen Schema festgeschrieben werden. Diese Politik des Teilen und Herrschens hinderte die belgischen Imperialisten freilich nicht daran, zur Erschliessung der Diamantenvorkommen in der Provinz Katanga (Shaba) hunderttausende von Tutsi und mehrere Millionen von Hutu zwangsweise als FremdarbeiterInnen umzusiedeln. In diesen Diamantenbergwerken starben die ZwangsarbeiterInnen wie Eintagsfliegen dahin und laufend wurden neue Menschen umgesiedelt. Die belgische Kolonialmacht war darauf bedacht, in diese mörderischen Gruben nur Fremdarbeiter zu schicken, um den Katangern keinen Grund zum Aufruhr in dieser so profitreichen Gegend zu liefern. Nach der Unabhängigkeit von Belgisch-Kongo im Jahre 1962 liessen sich die Nachkommen dieser Diamantenschürfer in der zairischen Nordprovinz Kivu nieder. Die Hutu, Banyarwandas genannt, siedelten sich in Nordkivu (mit der Hauptstadt Goma) an, wo sie Ackerbau betrieben. Die rund 200 000 Tutsi, Banyamulengen genannt, zogen nach Südkivu mit der Hauptstadt Bukavu, um ihre ursprüngliche Tätigkeit der Viehzucht wieder aufzunehmen. Die Tutsi verstehen sich als Minderheit der kongolesischen Bevölkerung und bildeten den Kern der Armee, die Mobutu zum Teufel jagte. Burundi und Rwanda wurden ebenfalls 1962 politisch unabhängig. In beiden Ländern leben nach wie vor rund 85% Hutu, 14% Tutsi und 1% Pygmäen.

Burundi

Wenn auch Burundi mit seinen heute rund 6 Mio. EinwohnerInnen 1962 politisch unabhängig wurde, verblieb es in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA, aber auch von Deutschland, Belgien und



Tout va bien? Zumindest spricht vieles für eine bessere Zukunft des kongolesischen Volkes.

Frankreich. So exportiert das Land vier Fünftel seines Kaffees, der wiederum 81% seiner Gesamtexporte ausmacht, in die USA. Der Preiszerfall des Kaffeepreises auf dem Weltmarkt hat das Land völlig ruiniert, seine Auslandsschuld betrug im Jahre 1994 1125 Mio. Dollar. Bereits in den 70er Jahren wehrten sich die armen Bauern und Bäuerinnen gegen diese neokoloniale Politik. Das Terrorregime des 1966 an die Macht geputschten Tutsi-Hauptmanns Micomberos beantwortete den Protest der verarmten Landbevölkerung mit einem Blutbad. Über 250 000 wurden nach dem Aufstand von 1972 von der Regierungarmee massakriert, über 300 000 flohen ins Ausland. «Hutu-Aufstand gegen Tutsi-Regierung», so die Schlagzeilen der bornierten JournalistInnen der imperialistischen Länder. Um dem Massaker ein Ende zu setzen, stürzte im Jahre 1976 der fortschrittliche Flügel des Militärs unter der Führung von Oberst Jean-Baptiste Bagazza den Diktator Micomberos. Der neue Präsident schaffte Strukturen zur politischen und sozialen Gleichstellung der Tutsi und Hutu, verstaatlichte den ausschliesslich im Tutsi-Besitz befindlichen Boden und teilte ihn zwischen den beiden Stämmen auf. Weiter führte er die Gleichstellung der Geschlechter ein, legalisierte die Gewerkschaften und verkündete 1979, anlässlich des ersten Parteikongresses, die sozialistische Linie. Als die einflussreiche katholische Kirche sich aktiv gegen die neue politische Ausrichtung stellte, wurden ihre Besitztümer enteignet und die Missionare des Landes verwiesen. Bagazzas Mandat wurde während der ersten freien Wahlen im Jahre 1982 durch das Volk bestätigt. Die Ueberwindung der Klassenwidersprüche zwischen den Hutu und Tutsi in einer durch sozialistische Vorstellungen geprägten Gesellschaft passte nicht in das strategische Konzept der imperialistischen Politik. Diese sah im Gegenteil Burundi und Rwanda als neokoloniale Bollwerke gegen progressive Länder in der Region. Und so kam

was kommen musste. Während Bagazza sich 1987 auf einem Gipfeltreffen afrikanischer Staaten in Kanada aufhielt, putschte sich Tutsi-Offizier Buyoya an die Macht. Die Bodenreform wurde sofort rückgängig gemacht und die Hutus, die mit einem Aufstand dagegen antworteten, blutig niedergeschlagen. Die Bilanz: Tausende von Toten und über 60 000 Hutu, die nach Rwanda flüchteten. Aus den Wahlen von 1993 ging Melchior Ndadaye, ein Vertreter der Hutu, als Sieger hervor. Er förderte das Zusammenleben der Ethnien, ernannte Vertreter der Tutsi zu Ministern und versprach den Ausbau der demokratischen Rechte. Die imperialistischen Mächte misstrauten ihm daher zutiefst und ernunterten seinen in der Militärakademie Köln ausgebildeten Vorgänger Buyoya zum Putsch. Buyoya lässt sich nicht zweimal bitten, putscht im gleichen Jahr und lässt Melchior Ndadaye und fünf seiner Minister ermorden. Die wutentbrannten Hutu-Bauern rächten sich am Tod ihres Präsidenten mit einem Blutbad an den Tutsi. Die Armee Buyoyas reagierte mit äusserster Härte. Zwischen 500 000 und 1 000 000 Menschen wurden umgebracht und rund 750 000 mussten fliehen. Nach einigen Interimsregierungen putscht sich Buyoya im Juli 1996 erneut an die Macht und massakriert bis im August über 6000 Hutus.

Rwanda

Während der letzten Jahre der kolonialen Herrschaft organisierten sich die Hutu in der Parmehutu (Partei der Bewegung zur Emanzipation der Hutu). 1959 kam es zum Aufstand der Bauern gegen die Monarchie der Tutsi, der in einen langen Bürgerkrieg überging und zum Ende der belgischen Kolonialherrschaft führte. Die unter der Kontrolle der Vereinten Nationen im Jahre 1961 durchgeführten Wahlen gewann die Parmehutu und ein Jahr später wurde die Republik ausgerufen. Die die Tutsi begünstigenden Machtstrukturen wurden abgeschafft, ihr Boden kann nach kapitalistischem Muster parzelliert und zum Privatbesitz einheimischer, überwiegend Hutu und ausländischer Käufer. Der Parmehutu fehlte jegliche ideologische Grundlage, weshalb die damals ca. 7 Mio. zählende Bevölkerung nach ethnischen Kriterien gemäss ihrer traditionellen Beschäftigungszweige organisiert wurden: die 40 000 Twas (Pygmäen) im Handwerk, die Tutsi in der Aufzucht von Herden und Schlachtvieh, die Hutu in der Landwirtschaft. Auf dieser Grundlage konnten sich aber nur wenige kleine Städte, keine Handelsaktivität und schon gar keine nationale Einheit entwickeln. 1961 gipfelte in Flammen aufgegange die Klassen- und Stammeswidersprüche im Bürgerkrieg, der 20 000 Tote kostete. 160 000 Tutsi flüchteten ins Nachbarland Uganda. Als 1963 und 1964 heimkehrende Tutsi-Flüchtlinge vor den Toren der Hauptstadt Kigali standen, griff französisches Militär ein, um ihnen den Weg zu versperren. Viele dieser Flüchtlinge treten später in die FPR, die Patriotischen Front Rwandas ein, wo sich auch oppositionelle Hutus organisieren werden. Ende der 60er Jahre versuchte die Regierung vergeblich mit der Wiederinbetriebnahme der Kaffeeplantagen, die 1959 als Symbol des Kolonialismus in Flammen aufgegangen waren, die katastrophale Wirtschaftslage zu überwinden. So entstand nun, neben einer Hutu-Oligarchie, die den Boden, die Banken und den Handel kontrollierten, eine breite Hutu-Agrarbourgeoisie, und ein Billiglohnland-Landproletariat, das aus Tutsi bestand.

Die Patriotische Front beginnt den bewaffneten Kampf

Um einer erneuten Tutsi-Revolution zuvorzukommen, putschte General Habyarimana, ein persönlicher

Fortsetzung auf Seite 9

Stammeskonflikte?

«Die derzeitigen sogenannten ethnischen Konflikte sind vielmehr die Konsequenz des Kolonialismus und Neokolonialismus. Die Aufteilung Afrikas auf der Berliner Konferenz 1885 zwischen den europäischen Mächten schuf territoriale Grenzen, die den kulturellen, sprachlichen und religiösen Bindungen keine Beachtung schenkten. Viele afrikanische Länder gleichen heute einem Mosaik ethnischer Gruppen, manche von ihnen über zwei oder drei verschiedene Staaten verteilt. Durch Erziehung führten die Kolonisatoren eine hierarchische Sicht der verschiedenen ethnischen Gruppen eines Landes ein. So wurden in Rwanda die Tutsi als intelligenter und fleissiger beschrieben, die Hutu hingegen als faul.» (Shamuyi Roger Kala vom CPL, Congrès des Progressistes pour la Libération)

Das kongolesische Volk befreit sich von Diktator Mobutu

1960 schüttelte das kongolesische Volk die belgische Kolonialherrschaft ab. Die durch die fortschrittliche Regierung von Patrice Lumumba in Angriff genommenen Veränderungen waren für die imperialistischen Mächte untragbar. Im gleichen Jahr putschte sich Sese-Seko Mobutu an die Macht und zerschlug vor derhand alle Hoffnungen des Volkes. 37 Jahre später, nach zahlreichen niedergeschlagenen Revolten und Aufständen ist es der Allianz Demokratischer Kräfte zur Befreiung Kongos mit der Unterstützung der Volksmassen gelungen, diese Diktatur aus eigenen Kräften zu zerschlagen.

(kgi) «Die wirtschaftliche, politische und militärische Unabhängigkeit, die Abschaffung jeglicher Rassendiskriminierung, die soziale und politische Gleichstellung aller Stämme, bei voller Gleichberechtigung der Frauen, unentgeltliche Ausbildung der analphabetischen Bevölkerung (Red. damals 95%), kostenloses Schul- und Bildungssystem, Meinungs- und Religionsfreiheit (...) als unerlässliche Postulate auf dem Weg zu einer panafrikanischen Gesellschaft ohne Klassen ...» (aus dem Aktionsprogramm der kongolesischen Nationalbewegung)

Für diese Inhalte demonstrierten 1959 Zehntausende von KongolesInnen auf den Strassen der damaligen Kolonie Belgisch-Kongo. Angesichts der immer heftigeren Aufstände musste sich die Kolonialmacht auf Verhandlungen einlassen. Im Januar 1960 entliess Belgien seine Kolonie in die Unabhängigkeit und musste es aufgrund der Kräfteverhältnisse gar zulassen, dass Patrice Lumumba, ein führendes Mitglied der kongolesischen Nationalbewegung, zum Präsidenten des Ministerrates der Demokratie Kongo ernannt wurde. Die sehr einflussreiche katholische und protestantische Kirche wehrte sich entsetzt, sei doch die Bevölkerung unreif und habe noch keinen Respekt vor Gott und den Unternehmern.

Das internationale Kapital entfesselt einen blutigen Krieg

Der Industrieverband der Kolonien bedrohte die belgische Regierung mit Lieferboykotten. Der multinationale Konzern «Union Minière», Besitzer aller Bergwerke in der Diamantenprovinz Katanga, dem heutigen Shaba, griff zu den Waffen. Unter der Führung von Moïse Tschombé entfesselte die «Union Minière» einen blutigen Sezessionskrieg, um Katanga vom Kongo abzuspalten. Unter dem Schutz der UNO-Blauhelme betrat der spätere Diktator Sese-Seko Mobutu als Hauptmann der kongolesischen Streitkräfte die Bühne und verhaftete im Dezember 1960 Lumumba und unzählige linke Militante. Kurz danach wurde Lumumba nach Katanga verschleppt und dort ermordet aufgefunden. 1964 wurde der Krieg beendet, Katanga verblieb beim Kongo. Die westlichen Medien lamentierten über den Tod des über Katanga im Flugzeug abgeschossenen UNO-Vorsitzenden Dag Hammarskjöld und 13 tote italienische Blauhelme. Das fortschrittliche Afrika trauerte um Patrice Lumumba und Tausende von abgemetzelter MitkämpferInnen. In der Folge schaffte Mobutu seine Rivalen, Tschombé, Kasevaba und Kimbo aus dem Weg. Mit der Hilfe von weissen Söldnern schlug er die Volksaufstände in den nordwestlichen Provinzen nieder und verstaatlichte die «Union Minière», die damit de facto zu seinem Privatbesitz wurde. Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion brachte er es fertig, die imperialistische Bourgeoisie vor seinen Füßen kriechen zu lassen, garan-

tierte er doch für ein antikommunistisches Bollwerk im Herzen Afrikas.

Als die fortschrittliche MPLA, die Volksbewegung für die Befreiung Angolas, unter Agostinho Neto den Befreiungskampf gegen die portugiesische Kolonialmacht aufnahm und der CIA im Gegenzug die UNITA unter der Führung von Savimbi aufbaute, kämpften Mobutus Sondertruppen an der Seite der UNITA, die ihrerseits Zaire als Rückzugsgebiet nutzte. Die Imperialisten segneten Mobutus Werke, unumschränkt konnte er sein Volk unterdrücken und ausbeuten, mehr noch, als dies die Kolonialmacht getan hatte. Die von der Weltbank gewährten Kredite verpulverte er in sinnlosen Grossprojekten. In den 33 Jahren seiner Herrschaft bereicherte sich Mobutu persönlich bis zum geht nicht mehr. Er ertrank beinahe im Luxus, an dem sich auch die zahlreichen ausländischen Gäste gütlich taten. Allein das belgische Königspaar stattete dem Diktator 28 Besuche ab. Die Korruption in Verwaltung und Heer wuchs immer mehr, während gleichzeitig die Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Schulen, Wasserleitungen und Strassen immer mehr vermoderten. Bergwerke mussten stillgelegt werden, die Staatsschulden stiegen ins Gigantische und das Volk musste sich in der Schattenwirtschaft und der Kleinkriminalität über Wasser halten.

Die Tage der Herrschaft Mobutus sind gezählt

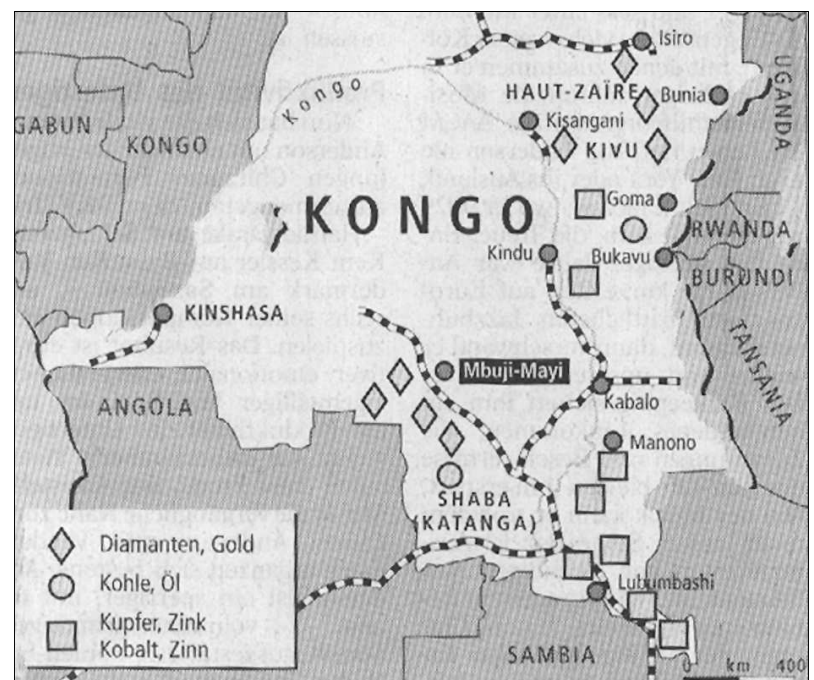
Der heutige Präsident Kongos, Laurent Kabila, in jungen Jahren Anhänger Lumumbas, hatte sich nach der Unabhängigkeit fast zwei Jahrzehnte lang in das unzugängliche Gebiet Hewa Bora zurückgezogen, wo er mit dem Bambemes-Stamm nach sozialistischen Prinzipien lebte und unermüdlich für die bewaffnete Befreiung Zaires arbeitete. Die im südlichen Teil der Provinz Kivu ansässigen Banyamulengas, staatenlose rwandische Tutsi, die seit Generationen im Kongo leben, erhielten eine umfassende politische und militärische Ausbildung und bildeten den harten Kern der Truppen Kabilas. Ab 1991 knüpfte Kabila politische Kontakte zu einer Vielzahl von legalen oder im Untergrund wirkenden oppositionellen Einzelpersonen, Gruppen, Komitees und kleinen bewaffneten Organisationen, deren gemeinsames Interesse der Sturz des verheerenden Mobutu-Regimes war. Ebenso wurde ein Netz mit mobutufeindlichen Parteien gespannt, das im gegebenen Moment politische, finanzielle, logistische und/oder militärische Hilfe leisten sollte. Es reichte von Rwanda, Burundi, Uganda, Angola, Tansania, Sambia, Kongo-Brazzaville bis nach Südafrika und seine Fäden gelangten auch in einige westeuropäische Solidaritätskomitees. Vorsorglich hatte Kabila einen nach dem Sieg in Kraft zu tretenden Exklusivvertrag zur Wiedereröffnung und Ausbeutung der Bergwerke mit finanzkräftigen US-Unternehmen abgeschlossen. Schliesslich, im Oktober 1996, verbündeten sich vier revolutionäre Bewegungen in der «Allianz Demokratischer Kräfte zur Befreiung Kongos». Der Marsch gegen das Mobutu-Regime

begann mit der Zerschlagung der Flüchtlingslager im Norden Kivus, in denen seit 1994 Überreste der rwandischen Hutu-Armee und etwa 200 000 Hutu-Zivilisten untergebracht waren. Die in die Wälder geflüchteten Hutu wurden verfolgt und viele von ihnen wurden umgebracht. Sodann durchliefen die Truppen der Allianz das immense Land, eroberten es Stück für Stück und trafen nach sieben Monaten, im Mai 1997, in der Hauptstadt Kinshasa als Sieger ein.

Der Sturz Mobutus, das Werk der afrikanischen Massen

Fast überall fand die Machtübernahme kampflos statt, denn die Mehrheit der Bevölkerung und der Grossteil der unmotivierten, schlecht ausgerüsteten und kaum entsoldeten Armee hatten auf nichts anderes als auf die Befreiung gewartet. Wo immer die Allianz einzog wurden die KongolesInnen zur Mitarbeit am Wiederaufbau des Landes aufgefordert und in Schulungsversammlungen über die Absichten der künftigen Regierung aufgeklärt, wonach das vorläufige Wirtschaftsmodell in einer «sozial ausgerichteten Marktwirtschaft in einem panafrikanischen Rahmen» bestehe.

Die in den bürgerlichen Medien zirkulierende Behauptung, Kabila sei, wie seinerzeit Mobutu, von den USA auserwählt und lanciert worden, widerspricht allen bis heute bekannten Tatsachen. Erst als die internationalen diplomatischen Interventionen und Frankreichs Versuche, Mobutu militärisch zu retten, fehlgeschlagen waren und die herangeeilten UNITA-Einheiten



Savimbis Kabilas Truppen nicht aufhalten konnten, sprang die USA auf den Siegeszug auf. Die siegreiche Kampagne gegen das Mobutu-Regime ist das ausschliessliche Werk der afrikanischen Massen, deren Früchte aber nur dann geerntet werden können, wenn die neuen Machthaber die immensen ökonomischen, politischen und sozialen Probleme lösen können, dass

- das geschundene Volk in den Genuss konkreter Verbesserungen der Lebensbedingungen kommt;
- die immer noch auf Stammeszugehörigkeit fussenden Lobbys und Parteien, die das Volk zersplittern und es – wie dies Ugandas Präsident Museveni ausdrückte «in einem Zustand, der die vorindustriellen Länder kennzeichnet,» – gefangenhält, in einer Kulturrevolution überwunden werden, die Befreite und Befreier zusammenschweisst. Dies auch, aber nicht nur, um die gewiss jetzt schon geplanten Machenschaften der imperialistischen Bourgeoisie siegreich abwehren zu können.

Fortsetzung von Seite 8

Freund des belgischen Königspaares Baudoin und von Mobutu im Juli 1973 den damaligen Staatschef Kayibanda weg. Er versicherte, in Rwanda keine fortschrittlichen strukturellen Veränderungen einzuführen. Sein Regime galt in der Region als Bollwerk gegen den Sozialismus, was ihm die uneingeschränkte Unterstützung Belgiens, Frankreichs und der Schweiz einbrachte. Im September 1990 beginnt die FPR von Uganda aus den bewaffneten Kampf und wird durch den Zulauf der Bevölkerung gestärkt. Die imperialistischen Mächte reagierten sofort. Zwischen 1990 und 1993 wurde die rwandische Armee um das achtfache vergrössert und durch Frankreich, Belgien und Südafrika entsprechend bewaffnet. 1992 wurde die Interahamwe-Miliz («die zusammen töten») unter der Führung von Froduald Karamira gegründet. Ausgerüstet mit 500 000 Machelen aus China, finanziert durch ein zinsloses Darlehen von 6 Mio. Dollar, welches der damalige ägyptische Minister und spätere UN-Generalsekretär Boutros Ghali Rwanda gewährte. Die Miliz wurde nicht nur von den in Rwanda stationier-

ten französischen Soldaten ausgebildet, letztere beteiligten sich auch den Verhören der gefolterten Tutsige-fangenen. Doch trotz aller Waffengewalt und Brutalität durch das reaktionäre Regime war der Sieg der FPR nicht aufzuhalten und 1993 war Habyarimana gezwungen, Konzessionen zu machen. Das von beiden Seiten unterzeichnete Abkommen von Arusha sah die Machtteilung zwischen der FPR und der Regierungspartei MRND in einer Übergangsregierung vor. Am 6. April 1994 wurde das Flugzeug, das die Präsidenten Rwandas und Burundis nach Kigali zurückbrachte, abgeschossen. Die Armee und die Miliz begangen sofort mit einer minutiös vorbereiteten Jagd auf die Tutsi- und Hutu-Opposition und richteten ein unbeschreibliches Massaker an. Auf der Flucht vor den Truppen der FPR trieben die mordenden Armee- und Milizeinheiten gegen 2 Mio. flüchtende Hutu als Geiseln vor sich her. Die Flucht endete in Zaire, in Nordkivu. In den dort von der UNO errichteten Lagern schlangen die Hutuhaupttäter aus Miliz und Armee das Zepter. Sie waren zuständig für die humanitäre Nahrungsmittelverteilung und verkauften, was

nur möglich war, auf dem schwarzen Markt. Mit dem Erlös kauften sie Waffen, mit denen ihre Kommandos die Grenze nach Rwanda überschritten, um weitere Tutsi, insbesondere potentielle Zeugen des Genozids, mundtot zu machen.

Im Juli 1994 übernahm die PRF die Macht, Präsident der neuen Regierung wurde Pasteur Bizimungu. Viele Tutsi, die durch die seit 1959 anhaltenden Pogromwellen in die verschiedensten Länder versprengt worden waren, konnten in ihre Heimat zurückkehren. Bis zum letzten Moment haben die europäischen Imperialisten das rassistische Regime von Habyarimana unterstützt, sei es, um die PRF nicht an die Macht zu lassen, sei es, um ihren Einfluss in der Zone nicht an die USA abtreten zu müssen. Dementsprechend einäugig war auch die Berichterstattung der bürgerlichen Medien. Beleuchtet wurde nur der zweite Teil des Dramas. Gezeigt wurden die hungernden Flüchtlingsströme der Hutus, die in Zaire herumirrten. Wir sahen Kränke, Leichen und das Elend in den Gesichtern von Kindern, Frauen und Männern, doch den Hintergrund der Geschichte erfuhren wir nicht.

Entwicklung der globalen Frauenerwerbsarbeit

«Feminisierung der Beschäftigung»

In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt weltweit kontinuierlich gestiegen. Gleichzeitig wurden die Arbeitsverhältnisse immer deregulierter. Beide Trends haben die Vereinten Nationen anlässlich der 4. Weltfrauenkonferenz unter einen begrifflichen Hut gebracht: «Feminisierung der Beschäftigung».

(ml) «Globalisierung» ist das neue Schlüsselwort eines weltweiten Prozesses, in dem Arbeitsmärkte umgekrempelt und Frauen wie Männern neue Plätze zugewiesen werden. «Globalisierung», d.h. Öffnung der Märkte, Liberalisierung des Handels, Privatisierung der Wirtschaft und den kontinentüberschreitenden Siegeszug von Levis, Nestlé und CNN. Die Welt ist ein Schachbrett, auf dem nicht nur Produkte, Finanzen und Nachrichten verschoben werden, sondern ebenso Produktionsstätten und Arbeitsplätze. Multinationale Unternehmen besetzen als bestimmende Akteure Felder und verlassen sie genauso schnell wieder, wenn auf einem anderen Feld bessere Gewinne in Aussicht stehen. Ein Prozess, der immer mehr Frauen in seinen Strudel zieht.

Zwei Trends markieren die Entwicklung auf dem globalen Arbeitsmarkt im vergangenen Jahrzehnt. Zum einen wächst der Anteil der Frauen an der Erwerbsarbeit. In den industrialisierten Ländern stellen Frauen jetzt 41%, weltweit 34% der Beschäftigten, Tendenz steigend. Gegenläufig war die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie in Afrika südlich der Sahara. Zum zweiten werden die Arbeitsverhältnisse immer flexibler. Eine lebenslange, existenzsichernde Vollbeschäftigung ist zum Ausnahmefall geworden. Unterbrechungen, Abstürze und Neuanfänge im beruflichen Leben entsprechen heute der ständigen Umstrukturierung der Wirtschaft. Flexible Arbeitsstrukturen galten als «weibliche Beschäftigungsstrukturen», denen jedoch zunehmend auch Männer unterworfen werden.

Leichtlohnindustrien Textil und Elektronik

In den 70er Jahren begann die neue internationale Arbeitsteilung mit der Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsschritte, vor allem der Bekleidungs- und Elektroindustrie aus den Industrienationen des Nordens in Länder Südeuropas, Nordafrikas, Ostasiens und Lateinamerikas. Diese hatten als Standortvorteil Billigstlöhne, keine Lohnnebenkosten, Steuerfreiheit und geringe gewerkschaftliche Organisation zu bieten. Ob einheimische oder ausländische Unternehmen – alle griffen dort für die Exportproduktion auf die gleiche Ressource zurück: weibliche Arbeitskraft. Arbeitsintensive Produktion ist frauenintensive Produktion. Ihre als Wirtschaftswunder gepriesenen hohen Wachstumsraten verdanken die «Tiger», die Schwellenländer Südasiens, Millionen Frauen, welche die Weltmarktfabriken in einem Rotationsverfahren in ihren Sog zogen und wieder ausspuckten. Junge Frauen wurden zu Spottpreisen eingestellt und nach ein paar Jahren, meist nach der Heirat oder vor der Geburt des ersten Kindes, wieder entlassen. Die Beschäftigung von Frauen in Südostasien stieg seit 1970 von 25 auf 44%.

Die Gier transnationaler Unternehmen nach Billigarbeitskräften und grösseren Gewinnspannen hat im vergangenen Jahrzehnt zu einer noch nie gekannten unternehmerischen Mobilität geführt. Seit die Löhne in den Schwellenländern Südasiens steigen, vergeben europäische und US-amerikanische Firmen ihre Aufträge an billigere Konkurrenten. Textilhersteller in Hongkong reichen Aufträge an Subunternehmer in Vietnam und China weiter.

Veränderungen im Dienstleistungssektor

Auf Volltours haben die transnationalen Konzerne ihre Aktivitäten auf den Dienstleistungssektor ausgedehnt. Hotelketten, Banken und Versicherungen operieren längst grenzüberschreitend. Türöffner für neue Branchen werden neben der Liberalisierung der Finanzmärkte die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Werbung, Marktforschung, Buchführung, Management sowie Rechtsberatung und Datenverarbeitung jeder Art bieten Konzerne jetzt weltweit an.

In Jamaica, Malaysia, Indien, China und auf den Philippinen verarbeiten zu 70% Frauen die Aufträge von Grossunternehmen oder die Buchungen von Kreditkartenfirmen, Banken und Fluglinien. Die süd- und ostasiatischen Länder haben neben ihren gut ausgebildeten und dennoch billigen Arbeitskräften einen weiteren Standortvorteil: Ihre Zeitzone füllt genau die Lücke zwischen Europa und Nordamerika. Die Asiatinnen können die Daten vom Tage verarbeiten, während die europäischen Kolleginnen noch schlafen und die US-amerikanischen Angestellten gerade ihre Büros verlassen. Dieses Serviceangebot verstärkt die Tendenz zur «Verschlankung» von Betrieben. Privat-

unternehmen aber auch Behörden versuchen, die Stammebelegschaft so klein wie möglich zu halten und zwecks Kostenreduktion einzelne Tätigkeiten als «Auftragsarbeiten» in den informellen Sektor oder an transnationale Billiganbieter auszulagern.

Gefahren und Gewinne für Frauen

Was haben nun all diese Varianten der Weltmarkt-orientierung den Frauen gebracht? Die transnationalen Konzerne brüsten sich, durch die Exportstrategien ca. 120 Mio. Arbeitsplätze für Frauen direkt oder indirekt durch einheimische Firmen und Subunternehmer geschaffen zu haben. Frauen seien die Gewinnerinnen der Weltmarktintegration.

Zweifelsohne ist billige Frauenarbeit das Sprungbrett in den Weltmarkt. Exportorientierung der Wirtschaft



Chinesische Arbeiterinnen einer Uhrenfabrik in Shanghai.

bedeutet bisher im Süden und Osten überall Frauenorientierung. In der Leichtindustrie, in der Dienstleistungsbranche und auch in der Land- und Fischwirtschaft; in den Gemüse- und Obstgärten Kenias wie in der Krabben- und Garnelenzucht Indiens. Die kolumbianische Blumenindustrie hat 1994 über 420 Mio. US-Dollar mit dem Export von Schnittblumen umgesetzt, unterstützt durch eine Zollbefreiung der EU. Von den blühenden Geschäften bekommen die Blumenarbeiterinnen Hungerlöhne, Hautausschlag und Atembeschwerden durch den hohen Pestizideinsatz.

Es sind nicht nur die «flinken Finger», die Frauen als Arbeitskräfte so attraktiv machen, sondern die Tatsache, dass die meisten Frauen eine nichtkontinuierliche Beschäftigung mit Unterbrechungen für Geburt und Kinderbetreuung planen. Diese «Unstetigkeit» – in der Unternehmenssprache auch «Flexibilität» genannt – entspricht heute exakt dem Bedarf der Firmen. Die Zuschreibung, dass Frauen unstete «Zuverdienerinnen» sind, rechtfertigt ihre niedrigeren Löhne. Es ist zudem leichter, Frauen, denen die Gesellschaft das Etikett «Zuverdienerin» aufdrückt, bei Auftragsflaute oder Produktionsverlagerung zu entlassen, als Männer, die immer noch als «Familienernährer» gelten.

Auch in den Industrienationen gelten Frauen derzeit als «Arbeitsplatzgewinnerinnen», weil die Beschäftigungszahlen in 20 Jahren von 30 auf 41% gestiegen sind. Doch dieser Gewinn ist voller Haken. Die meisten Frauen bleiben abgeschoben in Büro- und Verkaufarbeit, in haushaltsnahen Dienstleistungen und Niedriglohntätigkeiten in der Industrie sowie in Sozial- und Erziehungsberufen im öffentlichen Sektor. Die meisten Frauen finden weltweit keineswegs eine dauerhafte existenzsichernde, sozialversicherte Vollbeschäftigung. Sie sind häufig geringfügig, befristet oder auf Abruf beschäftigt und haben wenig Aufstiegschancen. Als Dauer- und Vollzeitbeschäftigte sind Männer bevorzugt.

Arbeitsmigration

Zur Dynamik des globalen Erwerbsmarktes tragen zunehmend grosse Ströme der Arbeitsmigration bei. Frauen stellen dabei einen wachsenden Anteil. Häufig werden sie als Hausangestellte, im Pflegebereich oder in der Freizeitindustrie beschäftigt. Als «Verschiebe-

masse» sind Millionen Migrantinnen eine fest einkalkulierte Grösse – sowohl in den Haushalten der Herkunftsländer als auch auf den Arbeitsmärkten der Empfängerländer. Für die Philippinen und Sri Lanka ist weibliche Arbeitskraft seit Jahren ein Exportschlager. Nach offiziellen Angaben arbeiten 3,5 Mio. philippinische Staatsangehörige im Ausland – andere Quellen nennen die doppelte Zahl. Zwölfmal mehr Frauen als Männer verlassen das Land zur Jobsuche. Drei Milliarden US-Dollar haben sie 1994 in ihre Heimat rücküberwiesen – für den Staat unentbehrliche Devisen und eine Variante des globalen Finanztransfers. Längst wird der Export der Ware Arbeitskraft grenz- und gesetzüberschreitend von Händlerrinnen und Schleppern organisiert. Wanderarbeiterinnen – oft ohne legale Dokumente – sind gezwungen, ihre

Arbeitskraft unter schlechtesten Bedingungen zu verkaufen und werden häufig Opfer sexueller Gewalt.

Transnational organisiert ist zunehmend eine Dienstleistung: die Prostitution. Die Frauenhandelsmafia hat anhaltend Hochkonjunktur und erschliesst sich immer neue Nachschubregionen: derzeit Osteuropa, Kuba, Vietnam, Laos, Kambodscha und Burma. Die UN-Organisation UNICEF warnte kürzlich, dass die Prostitution im internationalen illegalen Handel direkt hinter dem Drogen- und Waffenhandel rangiert. Zürich gilt als Drehscheibe für den Frauenhandel in Europa.

Fazit und Aussichten

Erwerbsarbeit ist nicht automatisch ein Vehikel für ökonomische Selbständigkeit und mehr Gleichberechtigung. Mit dem wachsenden Anteil der Frauen an der Beschäftigung wird zugleich die Ambivalenz der Weltmarktintegration weiblicher Arbeitskräfte deutlich. Denn seit den 80er Jahren hat sich nicht nur die Qualität der Beschäftigung verschlechtert, sondern auch die Realeinkommen für Frauen.

Ausserdem zeichnet sich als Tendenz ab, dass sich das Beschäftigungsverhältnis zugunsten von Männern verändert, wo arbeitsintensive Produktionszweige rationalisiert und technologisch aufgerüstet werden. Das gilt in Europa genauso wie in den Textilbetrieben von Bangladesh, wo Männer zuschneiden oder die Stonewash-Maschinen bedienen und Frauen nähen oder wie in Indien, wo Frauen Daten verarbeiten und Männer programmieren und Systeme analysieren. Wo automatisiert wird werden zuerst Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert – und im Dienstleistungsbereich steht in naher Zukunft ein gewaltiger Schub bevor. Schon jetzt ist deutlich, dass der quantitative Fortschritt für die Frauen bezüglich Beschäftigung beim Übergang zu kapitalintensiver Produktion wieder verloren geht. Für die Zukunft ist kein Rückgang der Erwerbslosigkeit, aber noch mehr «Flexibilisierung» der Arbeit zu erwarten. Die Arbeit wird knapp – wohl gemerkt: die bezahlte Arbeit. Die unbezahlte Arbeit wird den Frauen ganz gewiss nicht ausgehen.

Der Grossteil dieses Textes wurde aus dem Artikel von Christa Wichterich: «Von der Feminisierung der Beschäftigung» in: *Null Nummer*, Bonn Nr. 28, Februar 1997, übernommen.

Gleichstellung und Krise

Unvereinbares Gespann

Obwohl immer mehr Frauen erwerbstätig werden und über ein eigenes Einkommen verfügen, bedeutet dies keineswegs mehr Unabhängigkeit und Emanzipation. Denn die für Frauen angebotenen Stellen sind oft teilszeitlich, flexibilisiert, vertraglich ungesichert. Die Unmöglichkeit reformistischer Lösungen zur Gleichstellung von Frau und Mann wird je deutlicher.

(ml) Auch in der Schweiz hat die Zahl der berufstätigen Frauen seit 1980 um 38% zugenommen, so dass die Frauen heute 42,2% der Stellen einnehmen. Dieser Anstieg geht in bedeutendem Mass auf Teilzeitarbeit zurück. 50% der Frauen arbeiten Teilzeit, bei den Männern sind es 10%. Teilzeitarbeit ist für die Frauen oft die einzige Möglichkeit, Erwerbs- und Familienarbeit zu vereinbaren. Diese Teilzeitisierung ist von prekären Arbeitsverhältnissen geprägt (Minimalpensen, ungeschützt, unterqualifiziert und ohne berufliche Perspektiven). In der Krise der 90er Jahre zeigt sich gesamtwirtschaftlich folgendes geschlechtsspezifische Muster der Krisenabwälzung. Der Rückgang an Erwerbsstellen ist für die Frauen etwas geringer als für die Männer. Dafür werden Frauen in schlechter gesicherte Teilzeitarbeitsverhältnisse abgedrängt, so dass der Anteil der Frauen am Erwerbsvolumen auf 33,5% abnimmt. Besonders deutlich ist der Backlash für die Frauen bei den Löhnen: das Frauenerwerbseinkommen nimmt ab statt zu. Eklatant wird der Unterschied zwischen Frauen- und Männerarbeit, wenn wir das Frauenerwerbseinkommen von 26,3% mit dem von Frauen geleisteten Gesamtarbeitsvolumen (bezahlte und unbezahlte Arbeit) von 55% vergleichen (siehe Grafik).

Angleichung nach unten

Auch der unter dem Stichwort Deregulierung laufende Umbau der Arbeitswelt ist alles andere als vorteilhaft für Frauenpostulate. In einer Studie hat sich die Ökonomin Mascha Madörin mit den Auswirkungen von Deregulierungsmassnahmen auf Frauen befasst. Wie sie anhand von Untersuchungen in verschiedenen Ländern feststellte, kann die Deregulierung zwar zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen, doch geschieht dies durch eine Verschlechterung der Erwerbssituation der Männer statt durch eine Verbesserung für die Frauen. Die ökonomische Last der Frauen, die im Gegensatz zu früheren Krisen nicht mehr eine Reservearmee darstellen, ist eindeutig grösser geworden. Madörin spricht denn auch von einem gewaltigen Umbau in der Zusammensetzung der Haushaltseinkommen: Nicht nur arbeitsmässig, sondern auch finanziell sind die Frauen mehr und mehr zuständig für den Haushalt, und das Ernährermodell mit dem allein erwerbstätigen Vater wird zunehmend

zu einem Minderheitsmodell. Dass das bürgerliche Familienideal durch die Kapitalinteressen über den Haufen geworfen wird, zeigt sich heute wieder durch die bürgerliche Deregulierungspolitik, indem massenweise Frauen mit kleinen Kindern in die Erwerbsarbeit katapultiert werden. Damit stellt sich erneut die Frage der Kinderbetreuung mit ihren zeitlichen und finanziellen Konsequenzen, womit sich der Kreis wieder schliesst: Denn die Frage, wer welche Arbeit zu welchen Bedingungen verrichtet, ist eine der Schlüsselfragen der Gleichstellung.

Im Zuge des technologischen Wandels kommt jedoch auch wieder eine rückläufige Tendenz auf uns zu. Dies zeigt sich heute schon im Bankensektor, in dem derzeit v.a. wenig qualifizierte Teilzeitstellen weggestrichen werden. Bankfrauen wurden in den letzten 5 Jahren öfter arbeitslos und machten 1995 53% des stelltenlosen Bankpersonals aus, bei einem Anteil von 39% aller Bankangestellten.

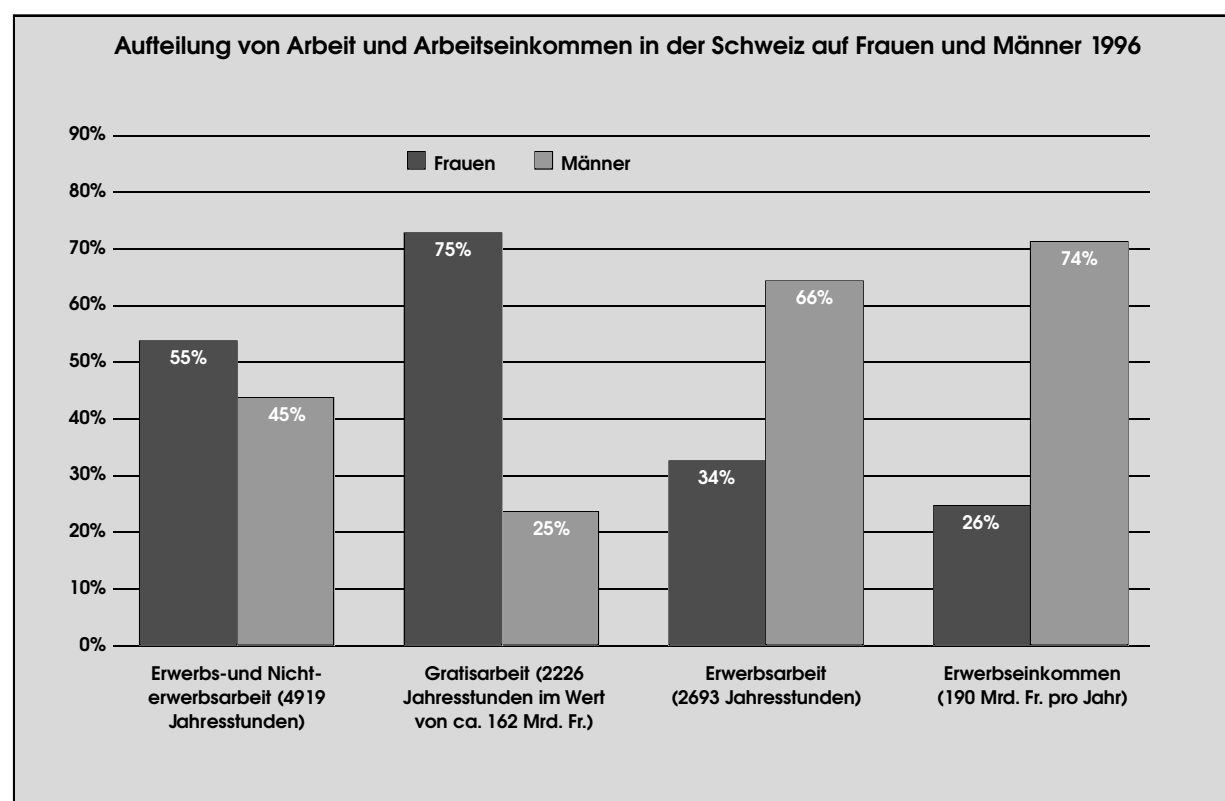
Gleichstellung und Deregulierung?

Im Zuge der Aufhebung der einst von der Arbeiter/innenklasse erkämpften Regulierungen steht

auch die letzte davon (das Gleichstellungsgesetz) quer in der Landschaft. Die Regierung des Kantons Zürich hat kürzlich einmal mehr bewiesen, dass im Zeitalter von Deregulierung und Flexibilisierung Gleichstellungsforderungen ohne konkrete Klassen- und Frauenkämpfe in den Betrieben und auf den Strassen nicht die geringste Chance haben. Sie hat die von 47 im Gesundheitsbereich arbeitenden Frauen am 1. Juli 1996 eingereichte Lohngleichstellungsklage in hohem Bogen abgeschmettert. Einer der ersten Sätze aus der 60-seitigen Klageantwort des Kantons Zürich lautet: «Die Inkraftsetzung des Gleichstellungsgesetzes am 1. Juli 1996 bedeutet nicht a priori schon, dass auch irgendwelche Diskriminierungstatbestände aufgedeckt werden müssten».

In der Tat ein schlagendes Argument. Gewichtiger für den bürgerlichen Staat wird sein, dass die daraus entstehenden Kosten für den angeschlagenen Staatshaushalt nicht finanzierbar wären. Gemäss kapitalistischer Logik müssen Steuergelder in erster Linie zur Verteidigung der bürgerlichen Ordnung hergegeben werden. Ausserdem wollte man doch im Gesundheitssektor die Steuererleichterungen für die Milliarden kompensieren.

Sowieso ist es eine Frechheit, Lohngleichstellung in einem Sektor zu fordern, der nicht unbedingt ohne weiteres nach Hongkong ausgelagert werden kann.



Drei Jobs oder keiner – das Resultat ist meist das gleiche

Totale Liberalisierung in den USA, staatliche Interventionspolitik in den europäischen Ländern. Auf welchen Konzepten beruhen die verschiedenen Krisen-Interventionen durch das Kapital. Eine kurze Bestandsaufnahme.

(kgi) Die verschiedenen Regierungsinterventionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lassen sich in den nachstehenden Punkten zusammenfassen. Je nach Land und Zeitperiode überwiegt die eine oder andere der aufgeführten Massnahmen, unwesentlich modifiziert je nach Situation.

- Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (Vereinfachung der Entlassung, kurzfristige Verträge, Einzelverträge usw.)
- Flexibilisierung der Löhne
- Steuererleichterungen für die Unternehmer
- Öffentliche Beiträge für schon existierende Betriebe, welche Arbeitslose aufnehmen

- Öffentliche Beiträge für Unternehmer, die neue Firmen gründen
- Öffentliche Beiträge an entlassene ArbeiterInnen und Junge, welche eine eigene Firma gründen
- Öffentliche Beiträge und Steuererleichterung für Firmen, welche sich in Problemregionen niederlassen
- Öffentliche Beiträge und Steuererleichterung für als «non profit» definierte Unternehmen.

In diesem Massnahmenkatalog werden zwei Grundlinien sichtbar:

- Die Unternehmer werden mit Finanzspritzen und öffentlichen Aufträgen zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen animiert
- Die Unternehmer werden zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen motiviert, indem ihnen die schlechtere Behandlung der ArbeiterInnen gewährleistet wird (hinsichtlich des Lohnes, der Arbeitsdauer, der Verteilung der Stunden, der gewerkschaftlichen Rechte, der Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Sicherheits- und Hygienevorschriften usw.).

Frankreich – staatliche Finanzspritzen

Die Politik der französischen Regierung ist ein Beispiel für die erste Kategorie. 1995 wurden die CIF-Verträge (Contrats Initiative Emploi) geschaffen. Stellt ein Unternehmer einen Arbeitslosen einer bestimmten Kategorie (seit über einem Jahr ohne Arbeit, über 50 Jahre alt, nicht qualifiziert und weitere Kategorien) zum Minimallohn (SMIC) von 1560 Fr. ein, so kassiert er monatlich 750 Fr. vom Staat. Die Regierung versprach, auf diese Weise 350000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vom Juli 1995 bis zum Mai 1996 wurden 272925 CIF-Verträge unterzeichnet. Effektiv handelt es sich dabei aber laut Regierungangaben nur um 50000 neue Arbeitsplätze. Der Grund liegt einmal mehr in der Profitgier der Unternehmer.

Hat ein Personalchef ein(e) BewerberIn vor sich, der/die erst seit zehn Monaten arbeitslos ist, so rät er ganz einfach, bis zum Stellenantritt noch zwei Monate zu warten oder während dieser Zeit schwarz zu arbeiten. Auf diese Weise kommt das Unternehmen in den Genuss der durch die Regierung gewährten CIF-Zahlungen.

USA – Flexibilisierung total

Die USA sind das Paradebeispiel für die zweite Kategorie, die totale Entgarantierung des Arbeitsverhältnisses. Dank diesen Massnahmen hat sich der Lohn der wenig qualifizierten ArbeiterInnen zwischen 1975 und 1995 um 25% verringert. Dies zwingt viele ArbeiterInnen, Zweit- und Drittjobs anzunehmen, um dann immer noch eher schlecht als recht überleben zu können. Daneben hat sich gemäss dem ökonomischen Berater der Clinton-Administration E.S. Phelps eine eigentliche Parallelwirtschaft entwickelt. Kriminalität, Drogenhandel und Prostitution ermöglichen den aus dem Arbeitsprozess Ausgestossenen ein Überleben. Naturgemäss figurieren diese Wirtschaftssektoren in keiner Statistik, ebenso wenig wie die 1,5 Millionen Gefangenen, die ca. 1% der arbeitenden US-Bevölkerung ausmachen. Diese Realitäten relativieren das in den bürgerlichen Medien hochgejubelte amerikanische Wirtschaftswunder und die im Vergleich zu den europäischen Ländern tiefe Arbeitslosenquote von 5,7%.

Pest oder Cholera

Ob europäische oder amerikanische «Krisenlösung», für das Proletariat ändert sich nicht viel. Während in Europa die Kurzformel «Elend ohne Arbeit» gilt, kann die ArbeiterInnenrealität in den USA und den anderen angelsächsischen Ländern mit «Arbeit unter elenden Bedingungen» umschrieben werden.

Statistische Lügen

Die offiziellen Arbeitslosenstatistiken sind mit Vorsicht zu geniessen. Die prozentualen Angaben beziehen sich z.B. nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die «arbeitende Bevölkerung». Diese nimmt seit anfangs der 70er Jahre im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung stetig ab. Dieses abnehmende Verhältnis ist einer der Indikatoren für den Beginn der Kapitalüberproduktionskrise. In den offiziellen Statistiken sind weiter nur die offiziell gemeldeten Arbeitslosen erfasst. Es fehlen damit die Ausgesteuerten, die an den Herd zurückgeschickten Frauen, die wegen Arbeitslosigkeit zurückgekehrten MigrantInnen usw.

SONDERFALL SCHWEIZ

Heidi Trümmerhaufen

Mit der Debatte um nachrichtenlose Vermögen ist der «Sonderfall Schweiz» auch ideologisch gestorben. Die FDP möchte die Raubgoldaffäre möglichst schnell begraben, die SVP die Schrebergartenidylle Schweiz balsamieren. Gleichzeitig zeigt die Welle von Antisemitismus Wirkung, die die reaktionären Hetzer losrollen liessen: Faschisten mobilisieren gegen den Zionistenkongress in Basel.

(agaf) «Nicht mehr Banken (positiv besetzt), Rotes Kreuz, Uhren, Schokolade und Käse werden bald einmal die stereotypen Assoziationen zum Begriff Schweiz sein, sondern Banken (negativ besetzt), Raubgold, aktive Judenverfolgung, Nazi-Kollaboration und so weiter», klagte kürzlich die NZZ, das Hausblatt der Bourgeoisie und brachte die Sache auf den Punkt: der Finanzplatz Schweiz hat ein Image-Problem. Aber nicht nur das Ansehen der Banken im Ausland, auch ganz allgemein ist das Bild von der Schweiz als idyllische Heimat Heidis und wehrhafter Eidgenossen zerbrochen; der Sonderfall Schweiz ist zu Ende. War er es wirtschaftlich, als Anfang der 90er Jahre die Arbeitslosigkeit zunahm, ist er es jetzt ideologisch, in der Art, wie die Leute von ihrem Staat, von seiner Geschichte, aber auch von sich, «als Volk» denken.

Bonzen auf Strategiensuche

Die international ausgerichtete Fraktion des Kapitals hat gemerkt, dass die ganze Diskussion um nachrichtenlose Vermögen schlecht fürs Geschäft ist. Bis sie merkten, dass die Führungsspitzen der Banken und ihres Staates nicht aus persönlicher Betroffenheit handeln können, sondern sich untereinander zusammenraufen müssen, dauerte es eine Weile: Delamuraz und Studer (UBS) verhielten sich mit ihren antisemitischen Äusserungen wie persönlich angegriffen; die Statements sagen viel darüber aus, wie diese Herren wirklich denken, doch waren sie – aus kapitalistischer Optik – schlicht dumm (Studer hat jetzt eine Antirassismus-Klage am Hals). Für diesen Teil der Bonzen war es höchste Zeit, kollektiv Strategien zu entwickeln. Nun haben sie Instrumente, die helfen sollen, eine einheitliche Linie zu finden: diverse Gremien wie die Volckerkommission (zusammengesetzt aus Vertretern des Schweizer- und US-Kapitals), Expertenkommission, Task Force und wie sie alle heissen. Damit die Schweizer Banken auch in Zukunft die Profite von Ausbeutern aller Länder verwalten können, muss Gras über die Sache wachsen. Damit alles schön in Vergessenheit gerät, wurde zunächst aussenpolitisch ein eher defensiver Kurs eingeschlagen. Es wurde zugegeben, dass während des zweiten Weltkrieges «Fehler gemacht» wurden (lies: knallhart nach kapitalistischen

Prinzipien gehandelt wurde), dass aber «Handlungsnotstand» bestanden habe (eben wegen diesen kapitalistischen Prinzipien) und dass aber schliesslich nicht das Schweizer Kapital allein gehehlt und gekuppelt habe: auch die Schweden hatten Dreck am Stecken! In Zukunft sollen die positiven Seiten der Schweiz als Käse- und Schokoladeland vermehrt herausgestrichen und nach einem «neuen Nationalgefühl» gesucht werden.

Hetzen fürs Heidiland

Finden FDP und NZZ, die Raubgoldaffäre sei schlecht für das Image, so benutzen die Reaktionären die Debatte für ihr eigenes Image. Die SVP baut ihre Propaganda darauf auf. Mit allen Mitteln versuchen die Hetzer, am Sonderfall Schweiz festzuhalten; das Bild der Schweiz vor vierzig Jahren, die sie so gerne wieder einführen wollen, zu retten und zu restaurieren. Die Leserbriefseiten der Zeitungen sind voll von Zuschriften, die von einer Schweiz als Gesamtes, als «Volksgemeinschaft» ausgehen. Die Empörung der Leute, dass plötzlich sie selbst, «die Schweiz» – und nicht die Schweizer Bourgeoisie! – Schuld tragen, wird von den reaktionären Hetzern aufgegriffen. In der Wirtschaftskrise, die sich immer mehr verschärft und durch die die Leute immer mehr verunsichert werden, schürt z.B. Blocher solche nationalistische Gefühle. Die Hetzer müssen Themen aufgreifen, die die Leute bereits bewegen – aus dieser Sicht ist es nur konsequent, wenn Blocher für eine Ausstrahlung des BBC-Films «Nazigold und Judengeld» war, um das Klima anzuheizen und nachher in seinen Reden und in Inseraten just vor dem 1. August gegen die SRG zu wettern, dass sie «so etwas» zeige.

War es im Jahr 1995 die EWR-Abstimmung, ist heute die Raubgolddebatte das Thema, durch das die reaktionären Hetzer ihren Kampf «um die Köpfe» der Leute, resp. um ihr Bewusstsein führen. Dazu wird wieder mobilisiert, wenn auch nicht auf der Strasse, sondern zu Saalveranstaltungen. Ein wichtiges Detail. Eine Mobilisierung auf der Strasse ist die grössere Machtdemonstration, die Positionen, die auf diese Weise öffentlich gemacht werden, sind für alle ganz unmittelbar sichtbar. Andererseits kann eine Mobilisierung auf der Strasse leichter entgleiten – Blocher will nicht mit Skinheads zusammen in die Tagesschau kommen – , und ist sie leichter angreifbar – der Kra-wall vom 23.9.1995 ist nicht nur uns in bester Erinnerung. Saalveranstaltungen sind diskret, es kommen nur die «Eingeweihten», man ist unter sich. Am 21. Juni 1997, als Blocher im Berner Kursaal seine Meinung zum Eisenstat-Bericht vortrug, war man doch nicht ganz unter sich: einige Dutzend Leute suchten ihn, mit Klatschen und Pfiffen am Reden zu hindern.

Sie wurden vom SVP-eigenen Ordnungsdienst rabiat rausgeschmissen. Dabei wurden hauptsächlich die Frauen unter den StörerInnen verprügelt. Unter den Schlägern war auch Thomas Fuchs, Präsident der Berner Jung-SVP. Der Dreissigjährige gilt als neuer Scharfmacher, der die Berner Kantonalpartei auf den Kurs der Zürcher Hardliner bringen und dadurch in den Nationalrat kommen will.

Rechte Schweizer finden sich

Dass die Jung-SVP mit Naziskins Kontakte hat, ist bekannt: immer wieder tauchen Faschos an ihren Veranstaltungen auf, immer wieder werden Exponenten der JSVP, wie Mauro Tuena, zusammen mit Glatzen gesehen. Die SVP hat ein Interesse, ihren Einfluss auf faschistische Gruppierungen zu behalten: sie will nicht, dass grössere Mobilisierungen rechts von ihr entstehen. Andererseits sind die Faschos nicht einfach Handpuppen der Bourgeoisie, die diese nach Belieben aus der Schublade ziehen kann. Doch die reaktionären



Heidi, Hund auf Wiesengrund und die Buben sind gesund – simple Bilder simpler Hetzer.

Hetzer schaffen ein Klima, in dem sich die Faschos gestärkt sehen. Wenn Blocher ruft, ruft er zwar nicht in erster Linie die Faschos, doch sie kommen auch. Ende August findet der Zionistenkongress in Basel statt, in Erinnerung an den Kongress vor 100 Jahren, als dort die zionistische Bewegung die Grundlagen für die Rückwanderung von JüdInnen nach Palästina festlegte. Zu diesem Jubiläum kommen hohe VertreterInnen des Staates Israel nach Basel. Eine «Nationale Initiative Schweiz», dieselbe Skinhead-Organisation, die im April durch das Zürcher Niederdorf zog und an der Fascho-Demo gegen die Ausstellung «Verbrechen der Wehrmacht» in München teilnahm, kündigte einen Aufmarsch gegen den Zionistenkongress an. Wenn die Faschos kurze Zeit nach den antisemitischen Äusserungen eines Delamuraz, eines Studers, gegen den Zionistenkongress mobilisieren, ist das eine Folge des reaktionären Klimas, wie sie konkreter kaum ausfallen könnte.

POLITISCHE GEFANGENE

19. Juni: Internationaler Tag der revolutionären politischen Gefangenen

(kgi) Am 19. Juni 1986 wurden in verschiedenen peruanischen Knästen 300 politische Gefangene der PCP ermordet. Für die revolutionäre Linke ein Anlass, ihn zum internationalen Tag der politischen Gefangenen zu machen.

Auch dieses Jahr trafen sich in Italien auf Einladung der CARC (Comitati di Appoggio alla Resistenza) in 15 Städten und in Brüssel – organisiert von den Gefangenen der CCC und ihrer Angehörigengruppe – zahlreiche GenossInnen militanter revolutionärer Organisationen und Unterstützungskomitees aus: Spanien, Baskenland, Frankreich, Belgien, Schweiz, Deutschland, Mexiko, Palästina, Türkei, Kurdistan. Unter der Hauptparole: DER KAPITALISMUS HAT KEINE FEHLER – ER IST DER FEHLER stand die Situation der politischen Gefangenen in Verbindung mit der konkreten Situation des Klassenkampfes und der Perspektive für den Kommunismus im Zentrum der Debatten.

Eine klare Unterscheidung zu all jenen Geschichtsrückblick-Anlässen, die zurzeit wie Pilze aus dem Boden schießen, bei denen es um subjektive Eindrücke, Anek-



Spray in Zürich.

toten aus der eigenen Biographie oder politische Lösungen mit dem Klassenfeind und nicht um Überlegungen zur theoretischen Bestimmung der gegenwärtigen Situation und Entwicklung der Perspektive geht.

Massaker im Irak

Vor ein paar Monaten hat das irakische Regime eine Massenhinrichtungskampagne unter den politischen Gefangenen gestartet. Hunderte wurden schon hingerichtet, Tausende sind in Gefahr.

(kgi) Weltweite Krise, Wirtschaftsanktionen und politische Isolierung. Umso grösser die Krise wird, desto grösser ist die Angst des seit 30 Jahren an der Macht stehende irakische Regime unter Führung Saddam Husseins vor Massenprotesten. Auf die Entstehung von solchen Bewegungen gegen die im Dienste des Kapitals stehende Herrscherclique reagiert das Regime mit verstärktem Terror und Massenmord.

Militarisierung der Gesellschaft

In der Kontinuität ihrer faschistischen Brutalität versuchen sie einen Weg aus der Krise zu finden. Dazu gehören auch die Übergriffe auf die nördlich lebende kurdische Bevölkerung, wie die vor einiger Zeit stattgefundene Deportation und Vertreibung tausender kurdischer Familien aus der Stadt Kirkuk und der umliegenden Gebiete. Wasserlieferungen werden behin-

dert oder arabische Stämme mit Waffen versorgt, um die Spaltung des kurdischen und arabischen Volkes voranzutreiben. Gleichzeitig versucht das irakische Regime, die Militarisierung in den irakischen Städten voranzutreiben.

Angriff auf die politischen Gefangenen

Dieser Terror schlägt natürlich besonders auf die Tausenden von politischen Gefangenen nieder. Mitte Mai kam erstmals die Nachricht vom Beginn einer Massenhinrichtungskampagne durch das Hussein-Regime. Mehr als 250 Gefangene wurden bereits ermordet, es hiess, 600 weitere seien in Gefahr. Es ist zu befürchten, dass unterdessen Hunderte getötet wurden. Viele der politischen Gefangenen hatten ihre Knastzeit eigentlich schon abgesessen, wurden aber durch zusätzliche Anklagen zum Tode verurteilt. Auch die Familien der Gefangenen sind nicht sicher vor den Henkern Husseins. Etliche wurden schon erschossen. Zahlreiche aktive ArbeiterInnen sind der Gefahr der Todesstrafe ausgesetzt. Dies hält sie aber keineswegs von ihrem Kampf ab. Im Gegenteil.

CHEMIE

Von den Boehringer-ArbeiterInnen lernen

Die ArbeiterInnen der Novartis erfahren seit der Fusion von Ciba und Sandoz hautnah, welche Auswirkungen die Monopolisierung auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen hat: verschärfte Arbeitshetze, Lohn- und Stellenabbau. Ein Zeichen des Widerstandes dagegen setzten die ArbeiterInnen der von Roche übernommenen Boehringer-Mannheim.

(ka) Eineinhalb Jahre ist es her, dass die Fusion von Ciba und Sandoz zu Novartis bekannt gegeben wurde. Bekanntlich sollen dadurch während einer Zeitspanne von drei Jahren 12000 Arbeitsplätze weltweit gestrichen werden, 3000 davon in der Schweiz. Für die Angestellten von Novartis zeitigt die verschärfte Profitgier und das Konkurrenzstreben der Bosse bereits scharfe Folgen. Seit Januar wurde die Belegschaft um rund 400 Personen verringert, wobei in der pharmazeutischen Produktion der Abbau von weiteren 500 Stellen schon in Sichtweite ist. Novartis-Manager Daniel Vasella dazu: «Der einfachste Weg, den Fortschritt unseres Integrationsprozesses zu messen geht über die Kopfzahl, denn 60% der Kosten sind personalbezogen.» Eine offene Aussage, angesichts der Tatsache, dass der Stellenabbau nach dem ersten Schock von allen Seiten heruntergespielt wurde und so gut wie möglich veruscht werden sollte.

Die Arbeitsbelastung und -hetze nimmt zu

Gleichzeitig wie der permanente Angriff auf die Arbeitsplätze, geht in der Novartis aber auch eine verschärfte Arbeitshetze vor sich. Der Druck auf die ArbeiterInnen wird immer grösser, die Ausbeutung immer weiter vorangetrieben. Wie an allen Produktionsstätten der Novartis sind die ArbeiterInnen des Werks in Stein im Aargau bspw. genötigt, ständig unbezahlte Überstunden zu leisten. Dort gilt ein sogenanntes Pilotmodell der Jahresarbeitszeit (d.h. die Arbeitszeit wird nicht mehr per Ende Monat abgerechnet, sondern pro Jahr), das es den Bossen ermöglicht, die ArbeiterInnen zu den für sie optimalsten Zeiten einzusetzen. «Ich versinke in der Arbeit, ich vernachlässige meine Familie und mein Privatleben. So kann das nicht weitergehen», meint ein Arbeiter zu dieser Situation. Dasselbe gilt auch für die ArbeiterInnen und Angestellten der Division Agrobusiness, denen gleichermassen das Äusserste abverlangt wird. Vasella's zynischer Kommentar – liegt doch die erhöhte Ausbeutung im ureigenen Interesse der Bourgeoisie und wird auch alles daran gesetzt, diese zu verschärfen: «Ich weiss, dass wir alle enorm viel Arbeit haben (...) Ich gestehe, es gibt Zeiten, da habe auch ich genug.»

... verschiedenste Abteilungen werden abgestossen ...

Was die Fusion zudem mit sich brachte, ist die Bestrebung des Managements, angestammte Teile des Unternehmens auszugliedern. Mit dem «Outsourcing» ver-

schiedenster Abteilungen, welche nicht zum Kerngeschäft gehören und somit nicht profitabel genug sind, hat die grosse «Restrukturierungswelle» begonnen. So werden bspw. die Putzfrauen aus der Novartis ausgeklint. Sie arbeiten zwar noch am gleichen Arbeitsort wie früher, allerdings für eine andere Firma und mit einer gehörigen Lohneinbusse (von 18 bis 21 auf 15 bis 18 Franken). Weiter soll die Beschaffung von Labormaterial nach aussen vergeben werden, die Informatikabteilung ergriff die Flucht nach vorn, wanderte zu IBM ab, und auch die Portiers und ChauffeurInnen stehen auf der Auslagerungsliste. Dass bei diesen Auslagerungen weitere Arbeitsplätze gestrichen werden und Lohneinbussen durchgesetzt werden, wie es im übrigen in den bisher ausgelagerten Bereichen schon der Fall war, ist anzunehmen.

... nicht ohne Widerstand!

Es bleibt abzuwarten, inwieweit das Unbehagen in der Belegschaft durch das Geschwätz über den ach so grosszügigen, fast schon zu Dank verpflichtenden Sozialplan und die immer weniger greifende Pflasterli- und Jammerpolitik der Gewerkschaftsbosse hingehalten werden kann. Die Faust nur im Sack machen aber auch die ArbeiterInnen der Che-

mie nicht mehr. Verhaltene Wut ist auch hier spürbar. Massiven Widerstand gegen Fusionen und Stellenabbau zeigten bspw. die ArbeiterInnen des Pharmakonzerns Boehringer-Mannheim. Als gegen Ende Mai 1997 bekanntgegeben wurde, dass Boehringer vom Pharmakonzern Hoffmann-La Roche übernommen werde, liess sich die Belegschaft den damit verbundenen Abbau erkämpfter Errungenschaften nicht gefallen. Spontan streikten nach der Bekanntgabe der Übernahme in Mannheim 5000 Boehringer-Beschäftigte und gingen auf die Strasse. Die Belegschaft, erfahren im Kampf, sich für ihre Rechte stark zu machen, wollte ihrer Wut schon vor den drohenden Restrukturierungen Luft machen und Solidarität und Geschlossenheit demonstrieren. In einem Arbeitskampf 1990, in dem der vorherige Chef seinen Posten räumen musste, stellte die Belegschaft ihre Entschlossenheit schon einmal unter Beweis. Durch diese Erfahrung und eine hohe Organisation war es ihnen jetzt auch möglich, prompt, entschlossen und kraftvoll zu reagieren. Mit dem Motto «wir lassen uns nicht kalt abzocken» setzten die Boehringer-ArbeiterInnen ein klares Zeichen gegen die Angriffe der UnternehmerInnen. Ein Zeichen, das auch hierzulande seine Gültigkeit hat.



Unsichere Situation, Stress und Widerstand in der Chemie.

Generalstreik in Argentinien

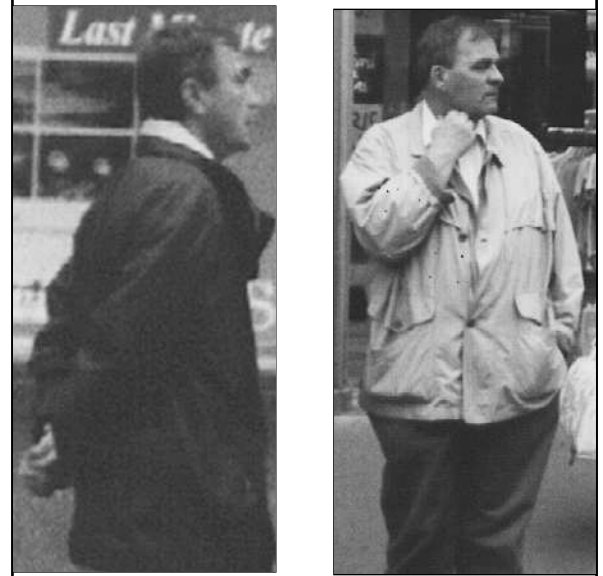
Am 14. August 1997 fand in Argentinien ein weiterer Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung statt. Es war bereits der neunte seit dem Carlos Menem als Präsident im Amt ist. Nach Gewerkschaftsangaben war die Beteiligung hoch, vor allem im öffentlichen Verkehr. 85% des öffentlichen Transports stand still. In mehreren Provinzen des Landes kam es zu Auseinandersetzungen mit den Bullen. Das Innenministerium zählte an die 300 (!) Zusammenstösse. Überall wurden von den Streikenden Strassensperren errichtet. Mehrere DemonstrantInnen wurden dabei durch Gummigeschosse der Bullen verletzt. Während des ganzen Tages wurden etwa 100 Personen festgenommen.



Im ganzen Land wurden Strassen blockiert.

MERKE!

Bullen in Basel



Eindeutige Gesichter, die in Basel an Demos und Kundgebungen gesichtet wurden.

(ka) Auch in Basel konzentrieren sich die StaatsschützerInnen seit eh und je auf das Bespitzeln von revolutionären Kräften. Dabei entwickelten sie sich zu regelrechten AbhörspizialistInnen, wurde doch bspw. die PdA in Basel von ca. 1953 bis 1968 quasi lückenlos, zeitweise mit fest installierten Wanzen abgehört.

Vor dem Fichenskandal waren die StaatsschützerInnen im Spezialdienst der Kantonspolizei des Polizei- und Militärdepartements organisiert. Mit dem Fichenskandal kam es dann aber zu einer starken Einschränkung ihrer Spitzelarbeit und zu ständigen Diskussionen in welcher Abteilung der Spezialdienst (Staatsschutz) untergebracht werden sollte. Die Position des damaligen Staatsanwaltes Hans Hungerbühler, die Politbullen der Staatsanwaltschaft und somit dem Justizdepartement zuzuführen, setzte sich nach einigem Hin und Her durch. Im Gegensatz dazu wurde vom damaligen Chef des Spezialdienstes Robert Heuss vertreten, dass die Politbullen gemäss ihren Aufgaben ins Polizei- und Militärdepartement gehörten. Folgende Argumentation war für die Durchsetzung ersterer Ansicht ausschlaggebend: Die Kantonspolizei sei zwar für die präventiven und die Staatsanwaltschaft für die repressiven Aufgaben zuständig. In der Praxis aber liessen sich die präventive und die repressive Tätigkeit nicht voneinander abgrenzen. Ausserdem sei die Staatsanwaltschaft bisher für alle schweren Delikte, ausser für diejenigen des Staatsschutzes, zuständig gewesen.

Der Spezialdienst wechselte also auf den 1. Juli 1993 ins Kriminalkommissariat (Kriko) des Justizdepartements. Chef und erster Staatsanwalt ist dort seit 1994 Thomas Hug, zuvor Chef der Kriminalpolizei der Stadtpolizei Zürich. Dem Kriko zugeteilt wurde der Spezialdienst, dann in Fachgruppe 9 «Staatsschutz» umbenannt. Heute befindet sich die Fachgruppe 9 im «Waaghof» an der Heuwaage, nachdem sie zuerst vom Spiegelhof in den Lohnhof gezogen sind.

Nachdem sich einige ihrer FahnderInnen vermehrt öffentlich blicken lassen und der Staatsschutz aktiv ist, gilt es nun diese zu erkennen, zu denunzieren und ihnen so ihre Arbeit so gut wie möglich zu erschweren.

Hinweise oder Infos nehmen wir dankend entgegen.

CHRONOLOGIE DER ARBEITER/INNENKÄMPFE

Unter dieser Rubrik werden wir regelmässig über ArbeiterInnenkämpfe aus den verschiedensten Ländern berichten. Jeder geführte Kampf und erst recht jeder noch so kleine Erfolg durchbricht die lähmende Angst vor den unternehmerischen Angriffen. Der Widerstand dagegen ist keineswegs von vornherein zum Scheitern verurteilt, wie uns dies die UnternehmerInnen und Gewerkschaftsbosse weismachen wollen. Unsere Chronologie ist sicher unvollständig, es fehlen Deine Informationen über die Versammlung an Deinem Arbeitsort oder den – vielleicht gescheiterten – Streik gegen Entlassungen oder Lohnabbau in Deinem Betrieb.

Schweiz

- Am 18.4.1997 fand in Basel während der Aktionärsversammlung der Feldschlösschen-Hürlimann eine Demo der BierbrauerInnen statt. Es war ein letzter Versuch, die Schliessung der Brauerei Cardinal in Freiburg und diejenige der Brauerei Hürlimann in Zürich zu verhindern (siehe aufbau 6). Der kommunistische Aufbau Basel war mit einem Flugblatt präsent. Darin steht zur Rolle der Gewerkschaftsführung: «(...) Von der Politik des Arbeitsfriedens sind sie nun dazu übergegangen, sich als KrisenmanagerInnen zu profilieren. Ihr Lösungsvorschlag zur Schliessung der Bierbrauereien? Den «eigenen» Wirtschaftsstandort gelte es zu verteidigen. Dass bei solch einer Forderung auch bürgerliche Regierungsmitglieder keine Mühe haben, sich anzuschliessen, erstaunt nicht. So legten sich denn Gewerkschaftsführung und Regierungsmitglieder gemeinsam ins Zeug, um «Wirtschaftsstandorte» zu erhalten und Feldschlösschen-Chef Stalder zu einem Abrücken von seinem Entscheid zu bringen. Dabei kam ein selten gesehener, von der Gewerkschaftsführung geschürter Regionalismus zu Tage. WestschweizerInnen, Ausbeutete und AusbeuterInnen, hätten ein gemeinsames Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze. Dies ist ein Ablenkungsmanöver und ein Spaltungsversuch. Genützt hat's nicht viel: Statt 250 werden nun «bloss» 130 Stellen abgebaut. Ein Fassabfüller spricht gegenüber der bürgerlichen Presse zurecht von einer Hinhaltetaktik. (...)»

- 1000 Tessiner Staatsangestellte protestierten am 27.5.1997 in Bellinzona gegen die Sparmassnahmen der Regierung beim Staatspersonal. Vor dem Regierungsgebäude wurde ein minutenlanges Pfeifkonzert durchgeführt.

- Über 10000 BauarbeiterInnen aus der ganzen Schweiz kamen am 28.5.1997 in Bern zusammen, um gegen die zunehmenden Angriffe der BaukapitalistInnen auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu demonstrieren. (siehe Artikel auf Seite 3)

- Gleichentags wie die Demo in Bern, fand in Zürich im Rahmen eines europäischen Aktionstages für Beschäftigung eine Kundgebung vor der Nationalbank statt. Allerdings liessen sich hier nur ein paar Dutzend mobilisieren.

- Die 173 Beschäftigten der beiden ETA-Uhrenfabriken im neuenburgischen Fontaines und Dombresson haben am 27.6.1997 einen Tag lang gegen die drohende Schliessung der zwei Betriebe gestreikt. Die Fabriken gehören zur SMH-Gruppe.

Südkorea

- Über 10000 ArbeiterInnen der Daewoo Motor gingen am 9.7.1997 für einen Tag in den Streik, um ihre Lohnerhöhungen durchzusetzen. Der eintägige Ausstand kostet das Unternehmen über 1600 Autos. Die Gewerkschaften drohten mit einem unbefristeten Streik, falls das Management nicht auf die Forderungen eingehen würde.

Südafrika

- Zwei Millionen ArbeiterInnen sind am 2.6.1997 dem Aufruf zum Generalstreik des Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu gefolgt. Sie wollen unter anderem die Festschreibung der 40-Stunden-Woche sowie einen Mutterschaftsurlaub von sechs Monaten (davon vier bezahlt). Die Unternehmer dagegen beharren darauf, dass 45 Stunden für sie gearbeitet wird und der Mutterschaftsurlaub höchstens vier Monate (ohne Lohngarantie) dauert. In mehreren Grossstädten nahmen zahlreiche ArbeiterInnen an Protestkundgebungen teil.

Holland

- Die Hauptstadt Amsterdam wurde am 5.6.1997 durch Streiks der städtischen Angestellten lahmgelegt. Weder Busse noch Bahnen oder Boote fuhren. Sie kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen.

Belgien

- Nachdem am 4.7.1997 die ArbeiterInnen des unterdessen geschlossenen belgischen Renault-Werkes in Vilvoorde (siehe aufbau 6) noch den von der Geschäftsleitung und ihren Handlangern aus der Gewerkschaftsführung ausgehandelten Sozialplan abgelehnt hatten, stimmten sie diesem am 22.7.1997 zu. Die von den über 3000 ArbeiterInnen als Faustpfand zurückgehaltenen 5300 Neuwagen wurden freigegeben.

- Ebenfalls von der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführung verkauft wurden die 1800 ArbeiterInnen des Stahlwerks Forges de Clabecq, welches geschlossen wird. Das Unternehmen wird von der schweizerisch-italienischen Stahlhandelsgruppe Dufferco aus Lugano übernommen und behauptet, 900 Arbeitsplätze sichern zu können. In den letzten Monaten kam es wie bei Renault zu teils militanten Aktionen der ArbeiterInnen und zu Zusammenstössen mit den Bullen.

Wäre es gelungen, die beiden Kämpfe besser zu verbinden und noch auf weitere Branchen auszuweiten, hätte es sicherlich mehr Schwierigkeiten für die KapitalistInnen bei der Durchsetzung ihrer Pläne gegeben. Diese Solidarität verhinderten aber von Anfang an die Gewerkschaftsspitzen, welche sich hinter die «eigene» Bourgeoisie stellte, um aus einem verschärften Klassenkampf ein Kampf zwischen Belgien und Frankreich (der französische Staat hält die Mehrheit der Renault-Aktien). Doch gerade diese Erfahrung auszuwerten, was solch eine Klassenzusammenarbeit für das Proletariat bedeutet und die Wichtigkeit, schon von Anfang an jeglichen Angriff der UnternehmerInnen zurückzuschlagen, wird für weitere Arbeitskämpfe sehr hilfreich sein, sowie auch die kämpferischen Momente, die es ja zahlreich gab.

USA

- Seit Oktober 1996 streiken 4500 Stahlarbeiter in Pittsburgh. Schon über 10 Monate kämpfen sie gegen den Versuch der Firma Wheeling-Pittsburgh Steel, die Arbeitsverträge zu verschlechtern, wie z.B. das Streichen der Pensionsgarantien. Die Streikenden geben ein nationales Streik-Bulletin heraus, und sie erhalten grosse Solidarität aus allen Teilen der USA. Kein einziges Gramm Stahl wurde seit Beginn des Arbeitskampfes produziert, das Stahlunternehmen hat dadurch bis jetzt über 150 Mio. Dollar verloren. «Die Strategie der Firma, denn Streik zu gewinnen, liegt in Trümmern», steht voller Optimismus in der Streikzeitung.

- Bereits seit zwei Jahren (!) im Streik stehen die ArbeiterInnen des Detroit-Free-Press-Verlags (gibt u.a. die USA Today heraus). Begonnen hat der Kampf, als der Konzern versuchte, gewerkschaftlich organisierte



Die Streikenden wissen sich zur Wehr zu setzen.

ArbeiterInnen zu ersetzen. Im Laufe dieses langen Streiks, der von unzähligen Demos und anderen Aktionen unterstützt wird, kam es wiederholt zu militanten Auseinandersetzungen mit den Bullen und dem Werksschutz, bei welchen es auch schon Tote gab. (siehe aufbau 4)

- Am 4.8.1997 traten 185000 ArbeiterInnen beim grössten Paketverteiler der Welt, der United Parcel Service (UPS), in den Streik. Sie kämpfen gegen die zunehmende Flexibilisierung (siehe Seite 11 unten). Die Streikenden fordern, dass Tausende von Teilzeitarbeitsplätzen in Vollzeitstellen umgewandelt werden.



Demo der UPS-ArbeiterInnen.

Ein Grossteil der UPS-ArbeiterInnen ist im Stundenlohn angestellt, was gegenüber einer Festanstellung eine Lohneinbusse von 50% bedeutet. Der Streik trifft die Wirtschaft hart, nur 10% des Auftragsvolumens kann – von Streikbrechern – abgewickelt werden. Dies zwang die Unternehmensleitung zu ersten Verhandlungen. Aus der ganzen USA werden Protestaktionen gemeldet, bei denen es häufig zu Auseinandersetzungen mit den Bullen kommt. Berichtet wird auch von Verhaftungen aktiver ArbeiterInnen. Die UPS-Bosse drohten nach einigen Tagen mit der Entlassung von 15000 Streikenden. Nach zwei Wochen war der Streik immer noch in Gang.

England

- Am 3.9.1996 wurden 350 ArbeiterInnen der Magnet KitchensLtd Darlington entlassen, als Reaktion der Magnet-Bosse auf eine Streikaktion, mit der die Magnet-ArbeiterInnen eine Lohnerhöhung erreichen wollten. Die Bosse stellten daraufhin StreikbrecherInnen ein, um die Produktion aufrechtzuerhalten. In die-

sem Streikjahr kam es zu einigen gewaltsamen Übergriffen auf Streikposten durch die eingesetzten StreikbrecherInnen. Verletzungen und zerstörte Unterstände der Magnet-ArbeiterInnen waren die Folgen. Vom 16.8. bis 30.8.1997 gibt es nationale Solidaritätsaktionen mit dem Höhepunkt einer Demo am 23.8.1997 in Darlington. Dann feiern sie ein Jahr Streik.

- Vor 22 Monaten trat das Putzpersonal des Hillingdon-Spitals in den Streik, da ihre Löhne massiv gekürzt werden sollten. Daraufhin wurden sie entlassen.

- Teile des Kabinenpersonals der British Airways haben vom 9.7. bis 11.7.1997 gegen ein neues Lohnsystem und für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Nach dem dreitägigen Streik wurden Verhandlungen aufgenommen. Der Ausstand hatte den Flugverkehr weitgehend lahmgelegt und einen Verlust von einigen zehn Mio. Pfund verursacht. Es ist auch ein erster Testfall für die neue sozialdemokratische Regierung mit Tony Blair an der Spitze. Die frühere Premierministerin Margaret Thatcher hatte in den 80er Jahren Antigewerkschaftsgesetze eingeführt, welche die Rechte der ArbeiterInnen, wie z.B. Streik, massiv einschränkte. Diese sind immer noch in Kraft und werden unter der Labour-Regierung sicher nicht wesentlich gelockert, wenn nicht sogar verschärft.

Israel

- 60000 ArbeiterInnen haben am 24.7.1997 einen unbefristeten Streik begonnen. Sie protestierten damit gegen die Privatisierungsvorhaben der israelischen Regierung und solidarisierten sich mit den schon seit einer Woche Streikenden der Telefongesellschaft Bezeq. Die Angestellten der Fluggesellschaft El Al und der Post, sowie Hafen- und EisenbahnarbeiterInnen legten die Arbeit nieder. Diese ArbeiterInnensolidarität zwang die Regierung bereits am nächsten Tag zu Verhandlungen.

China

- Mit Massenentlassungen und Betriebsschliessungen reagiert die staatliche Industrie auf die Krise. Dies hat Ende Juni in der im chinesischen Hinterland gelegenen Industriestadt Mianyang zu massiven Protesten der ArbeiterInnen geführt. Bis zu 100000 entlassene TextilarbeiterInnen gingen auf die Strasse um gegen die Schliessung von drei Textilfabriken zu demonstrieren. Es kam zu Zusammenstössen mit den Bullen, wobei es zahlreiche Verletzte und Verhaftungen gab. Über die Stadt wurde eine Ausgangssperre verhängt.

- 20000 ArbeiterInnen gingen wutentbrannt in der ebenfalls in Südwestchina liegenden Stadt Nanchong auf die Strasse, nachdem bekannt wurde, dass der Direktor der Textilfabrik mit ihren seit Monaten nicht ausgezahlten Löhnen Urlaub in Thailand machte. Nach 30stündiger Blockierung des Stadtzentrums und der Belagerung der Stadtverwaltung wurden die Löhne ausbezahlt.

Deutschland

- Erfolgreicher Kampf der ArbeiterInnen der Druckerei Schwend im Juli: Mit einem zweitägigen Streik erkämpften sich die Arbeiterinnen und Arbeiter der Druckerei Schwend in Schwäbisch-Hall einen Vertrag, der dem GAV der IG-Medien entspricht. Die ganze Belegschaft, deutsche und türkische ArbeiterInnen, Putzfrauen, Aushilfsjobber und Angestellte beteiligten sich aktiv am Kampf. Streikposten liessen von keinem LKW Zeitungen mehr auf das Betriebsgelände fahren. Erschrocken ob der Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen gab die Geschäftsleitung nach zwei Tagen nach und erfüllte die Forderungen vollumfänglich. Nach dem erfolgreichen 30-tägigen Streik der ArbeiterInnen der «Magdeburger Volksstimme» (siehe aufbau 6) ein weiterer erfolgreich geführter Kampf in der Druckbranche.

- Ebenfalls erfolgreich streikte die Opel-Belegschaft in Bochum. Am 1. und 2.7.1997 legten sie die Arbeit nieder, und verhinderten so eine Kürzung des Bruttostundenlohns um durchschnittlich 9 DM. Das hätte bedeutet, Ende Monat bis 1000 DM weniger in der Tasche zu haben. Mit ihrem selbständig geführten Kampf setzten sie auch ein Zeichen gegen die Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführung. Ein Opel-Arbeiter: «In den paar Stunden Streik, in denen ungefähr 700 Astra nicht vom Band liefen, haben wir mehr erreicht als mit all den Verhandlungen in den letzten vier Jahren, bei denen wir immer klein beigegeben haben.»

- BauarbeiterInnen in Berlin und Brandenburg sind Ende Juni in einen Streik getreten, um die Anerkennung des Flächen- bzw. Manteltarifvertrages (mit dem hiesigen Landesmantelvertrag zu vergleichen) durchzusetzen. Mehrere hundert Baustellen sind davon betroffen. Nach drei Wochen Streik haben viele Betriebe den Vertrag akzeptiert. Während die Basis kämpft, haben die Bosse der Bau-Gewerkschaft mit den Baukapitalisten vereinbart, die für dieses Jahr vereinbarte Angleichung des Westlohns für die 360000 Bauarbeiter in Ostdeutschland auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

KULTUR

proletarische

Missliche Zufälle im Alltag

Wenn Murphy nervt ...

«Wenn etwas schiefgehen kann, dann wird es auch schiefgehen»; so lautet ein scheinbar universales Gesetz, welches Ende 40er Jahre nach dem amerikanischen Sicherheitsoffizier Murphy benannt wurde. Viele Beispiele misslicher Zufälle auch aus dem eigenen Alltag lassen zudem vermuten, dass Murphy recht hat.



(mk) Dass scheinbar etwas Übergeordnetes den Weltenlauf derart zu beeinflussen vermag, wodurch immer das schlimmste von mehreren alternativen Ereignissen eintritt, hat vor allem strenggläubige Menschen wie Ingenieure, die neben ihrer Leidenschaft für das technisch Machbare oft wenig Platz für Allgemeines haben, stets nachhaltig beeindruckt. Nur so ist es zu erklären, dass gerade *Murphys Gesetz*¹⁾ zum eigentlichen Sinnbild für das schlicht Unerklärbare im ohnehin schmalen Ingenieuralltag geronnen ist. *Murphys Gesetz* scheint gültiges Recht, hier und überall. Hat womöglich Gott seine Hand im Spiel? Mitnichten! Viel eher ist es ein kleiner roter Dämon, der würfelt und lacht.

Vom häufigen Sturz auf die Butterseite

Dem kleinen roten Dämon ist zumindest das britische Fernsehen *BBC* beinahe auf die Schliche gekommen, als es vor 6 Jahren während einer populärwissenschaftlichen Sendung mit Butter überstrichene Toastscheiben über 300 mal in die Luft warf. Dies, um eine allgemeine Fragestellung zu klären, welche breite Bevölkerungsteile toastsender Nationen angeblich seit jeher beschäftigt hat: Warum fällt eine Toastscheibe, wenn sie vom Tisch gleitet immer auf die Butterseite? Die Sendung konnte die vermutete Butterlandung nicht bestätigen und war daher ein Flop, denn werfen ist nicht gleich gleiten! Nun trat aber Robert Matthews – ein wissenschaftlicher Journalist mit einer ausgeprägten mathematischen Neigung – auf den Plan und lieferte einen der spektakulärsten und auch witzigsten Beweisführungen zu diesem Problembereich^{2,3)}. Wenn bebutterte Toastbrote langsam vom Tisch gleiten, dann hängt der Toastschwerpunkt für einen kurzen Moment über der Tischkante, bevor die Toastscheibe in eine Drehbewegung abkippt und sich überschlagend vom Tisch verabschiedet um wirbelnd in Richtung Teppich zu streben (interessanterweise übt die Butterseite an sich keinen nennenswerten Einfluss auf das Flugverhalten aus). Nun hängt diese Drehbewegung lediglich von der eben geschilderten «Überhängesituation» ab. Diese wird wiederum allein von der Toastbeschaffenheit geprägt. Aus Flugdauer und gleichzeitiger Drehbewegung lässt sich zudem leicht errechnen, wie hoch Tische gebaut werden müssen, damit wirbelnde Toaste fast immer auf der Butterseite landen. Das deprimierende Ergebnis lautet: um die 75 cm. Noch deprimierender ist die zulässige Abweichung von diesem Wert: die Höhe darf bis zu 100% streuen. Der Butterfall ist somit der Regelfall in dieser Welt!

Wie wir uns aus dieser Toastfalle befreien können, hat Matthews auch berechnet. Der Knackpunkt liegt beim Ausdruck «langsam vom Tisch gleiten». Gleiten diese Schnitten nämlich schnell vom Tisch, dann dauert die «Überhängesituation» zu kurz, um in eine würdige Drehbewegung zu münden. Matthews Rezept ist beeindruckend: Sieht man seinen Toast vom Tisch gleiten, dann muss der Scheibe ein beherzter Stoss versetzt werden – über 7 km/h schnell hat das Teil wegzufiegen – damit die übliche Butterlandung verhindert werden kann.



Mit dem Regenschirm in die Offensive

Dass es jeweils gerade am Wochenende regnet oder just dann aufhört, wenn wir einen Schirm mit uns führen, solche Tatsachen waren schon immer Thema frustrierter Neun-Uhr-Pausengespräche am ersten Arbeitstag nach einem entsprechenden Wochenende. Doch für einmal können wir aufatmen, denn mit *Murphys Gesetz der Regenschirme* wird uns ein leistungsfähiges Instrument geschenkt, mit dessen Hilfe sich jegliche Schlechtwetterlage inklusive ihrer Vorhersage offensiv bekämpfen lässt: «Hat man bei schlechten Wetteraussichten einen Schirm dabei, so vermindert sich die Wahrscheinlichkeit auf einen Regenguss». Um dies beweisen zu können, wurden im regnerischen England 1000 einstündige Spaziergänge inklusive der entsprechenden Wettervorhersage ausgewertet. Dabei ergab sich folgendes Bild: die Regenprognose traf 66 mal zu und in 156 Fällen war sie falsch. Die Schönwetteraussicht wurde hingegen 764 mal bestätigt und nur während 14 Spaziergängen widerlegt⁴⁾.

Dieses erstaunliche Ergebnis hängt vor allem damit zusammen, dass es, trotz 83prozentiger Zutreffenswahrscheinlichkeit einer Regenprognose auch an einem regnerischen Tag nicht konstant regnet und die Wahrscheinlichkeit, innerhalb der Zeitdauer von einer einzigen Stunde nass zu werden somit annehmbare 8% klein ist. Dieser, unter dem Begriff des *Basistraten-Fehlers* bekannte Effekt, sorgt also dafür, dass Regenprognosen in England doppelt so oft falsch wie richtig sind. Eine *entscheidungs-theoretische* Untersuchung förderte zudem Erstaunliches zutage. Nimmt man an, dass das Tragen eines Regenschirms letztlich nur aus Anlass auf einen abgehörten Wetterbericht erfolgte, dann heisst jetzt die optimale, mathematisch begründbare Strategie: «Höre nie auf den Wetterbericht, trage daher nie einen Schirm bei dir und gehe in jedem Fall spazieren». Anmassender Optimismus macht sich hier anscheinend bezahlt!

Der ultimative Sockenkonflikt

Wir stehen ganz am Anfang eines erfolversprechenden Tages, den wir unter anderem mit einem Paar schmucker Socken begehen wollen. Der freudige Griff in die Sockenschublade der Kommode entwickelt sich aber mehr und mehr zu einem wahrhaftigen Alptraum: auf die Braune folgt die Geringelte, welche wiederum von einer weichgespülten Gelben ergänzt wird. Nichts passt – nie und niemals!

Mit Hilfe von etwas Sockenalgebra und einer Prise Kombinatorik, wobei auch die sogenannte *Schätzungstheorie* zur Anwendung kommt und mittels Erwecken eines statistischen Zufallsmodell für den spontanen Sockenverlust konnte Matthews (übrigens der gleiche vom Toast) mathematisch und schlüssig nachweisen⁵⁾, was wir das *Sockengesetz von Murphy* nennen: «Beim zufälligen Sockenverlust ist es sehr wahrscheinlich, dass jeweils immer die grösstmögliche Anzahl von ungleichen Sockenpaaren erzeugt wird». Besitzen wir stolze 10 vollständige, aber verschiedenfarbige Sockenpaaren, von denen z.B. 6 Socken zufällig verloren gehen, so beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass der schlechteste Fall eintritt – d.h. 4 Paare und 6 unterschiedliche Socken übrigbleiben – rund 30%. Der beste Fall, bei dem gerade 3 vollständige Paare abgängig sind, ist interessanterweise über 100 mal unwahrscheinlicher. Im Falle des Verlustes gar der Hälfte aller Socken ist es immer noch 4 mal wahrscheinlicher, die Schublade voller ungleichen Sockenpaare zu haben als umgekehrt. Lediglich 2 passende Sockenpaare unter 6 verschiedenen Socken ergibt sich hier als die wahrscheinlichste Konstel-



lation in der halbvollen Schublade. Soviel zum allgemeinen Sockenverlust. Wie steht es aber mit dem zusätzlichen Problem, ein passendes Sockenpaar aus der Schublade herauszunehmen? Selbst bei 10 verschiedenartigen aber kompletten Sockenpaaren müssen in der Früh mindestens 5 Socken aus der Schublade genommen werden um eine reelle Chance auf passende Socken zu haben oder sogar 11 Socken um garantiert sicherzustellen, dass ein vollständiges Sockenpaar resultiert. Beschränkt man die Sockenauswahl auf lediglich zwei unterschiedliche Arten, dann ergibt sich für eine grosse Sockenzahl immerhin die Wahrscheinlichkeit auf Anhieb ein vollständiges Paar zu finden von beinahe 50%. Leider gibt es nur einen einzigen gangbaren Weg aus diesem Konflikt: Möglichst viele und nur gleiche Socken kaufen – doch wer will schon sein ganzes Leben in geringelten Socken verbringen.

Tuggen liegt immer am Rande der Welt

Liebe lesende GenossIn, stell Dir einmal vor Du sitzt im Auto oder schreitest mit Hilfe eines Wanderstabes zügig fürbas und suchst nun auf der Landkarte freudig das Ziel Deiner Reise und sei es z.B. die Ortschaft *Tuggen*. Trotz mehrmaligen Faltens der Landkarte erscheint *Tuggen* aber nur ansatzweise im Kartenausschnitt, den Du Dir vor Augen hältst. Womit Du soeben erfahren hast, was gemeinhin als *Murphys Gesetz der Landkarten* bekannt ist: «Kann ein Ort, den ich auf der Karte suche, am Rand oder in einem Falz liegen, so wird er es auch».

Die Erklärung für dieses Phänomen ist eine rein geometrische. Nehmen wir zunächst einmal an, dass die Landkarte von quadratischer Form sei. Zudem werde sie mindestens einmal gefaltet. Wenn die Ränder zu den Falz- bzw. den Randzonen lediglich einen Zehntel der Breite der Landkarte ausmachen, so bedecken ihre Flächen überraschenderweise doch mehr als die Hälfte der quadratischen Kartenfläche. Daher liegt *Tuggen* mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% immer in ungünstiger Nähe zu einem Rand oder Falz.

Die Schlange nebenan ist meistens die schnellere

Alle gehen wir fast täglich einkaufen und alle müssen wir uns dann irgendwo hinten anstellen. Nur, welche Warteschlange soll es denn sein? Wie sich herausstellen wird, ist dies eine nicht ganz harmlose Frage. Sicher werden wir uns nicht zur 23köpfigen Pfadfindergruppe gesellen, die den Einkauf für eines ihrer Pfingst-, Oster-, Herbst- oder Wann-zum-Geier-Lager tätigt, auch meiden wir die Warteschlange mit dem gepflegten Herrn, welcher auf der Kreditkartenbezahlung eines Petersilienbundes beharrt, dessen Preisschild abgefallen ist. Aber wie entscheiden wir uns, wenn alle zur Auswahl stehenden Warteschlangen gleich lang sind? Natürlich sind im Durchschnitt (d.h. über den Tag gemittelt) alle Warteschlangen dann auch gleich schnell. Doch wen kümmern in diesem Fall schon Durchschnittswerte. Wir wollen einfach in der schnellsten Schlange stehen. Genau hier schlägt *Murphys Gesetz der Warteschlangen* erbarmungslos zu. So beträgt die Wahrscheinlichkeit bei z.B. 12 Kassen in der schnellsten Schlange zu stehen lediglich 1/12, also nicht einmal 9%. Selbst wenn man nur die beiden benachbarten Warteschlangen in Betracht zieht, beträgt diese Wahrscheinlichkeit lediglich 33%. In 67 von 100 Fällen sind die beiden NachbarInnen schneller an der Kasse.

Alle Beispiele zeigen uns eines, dies aber um so deutlicher: die Welt, ja sogar das Universum ist eigentlich gegen uns, und zwar aus Prinzip. Nur im Unterschied zu vorher wissen wir das jetzt und können auch dann gelassen bleiben, wenn – ganz nach Murphy – nach Fertigstellung dieses Artikels ein ähnlicher soeben in der *SonntagsZeitung*⁶⁾ erschienen ist!

Nachtrag: In der heurigen Augustnummer von *Scientific American* schreibt *Murphys Sohn* Edward in einem Leserbrief, dass er den Artikel über seinen Vater mit regem Interesse gelesen hätte. Er beziehe diese Zeitschrift schon seit über 30 Jahren. Doch nach 362 intakten Exemplaren sei just die Aprilnummer¹⁾ während der Postzustellung ziemlich beschädigt worden und zudem sei auch das Exemplar selbst ein einziger Druckfehler – tja, wenn Namen verpflichten!

¹⁾ R. A. J. Matthews, *Scientific American*, April 1997, p. 72-75.

²⁾ R. A. J. Matthews, *European Journal of Physics*, Vol. 16, June 1995, p. 172-176.

³⁾ I. Stewart, *Scientific American*, December 1995, p. 86-87.

⁴⁾ R. A. J. Matthews, *Nature*, Vol. 382, No. 6594, August 1996, p. 766 (oder <http://www.newscientist.co.uk/ns/970419/predict.html>).

⁵⁾ R. A. J. Matthews, *Mathematics Today*, Vol. 32, No. 3/4, March/April 1995, p. 39-41.

⁶⁾ N. Walter, *SonntagsZeitung*, 3. August 1997, p. 61.



Der **aufbau** erscheint vierteljährlich. Ein Solidaritäts-Abonnement kostet sFr. 20.–, 50.–, 100.– Mit einer Einzahlung auf PC-80-33638-5, Vermerk «Abo aufbau», Postfach 8663, 8036 Zürich wird Deine Abobestellung automatisch entgegengenommen. Du kannst uns aber zu diesem Zweck auch den ausgefüllten Talon zukommen lassen!

Name: Vorname:

Adresse:

Einzusenden an: **aufbau**, Postfach 8663, 8036 Zürich.

KULTUR

proletarische

MUHAMMED ALI

Der König ist tot – es lebe der König

Du kannst es schaffen: Alle Gegner besiegen, alle Hindernisse überwinden, von ganz unten nach ganz oben kommen, egal wer Du bist! Das Märchen wird auch im Boxen nicht wahr, denn nur die Guten siegen und die Bösen kommen in den Knast. When we were kings – ein wunderbarer Film, der nicht die ganze Wahrheit erzählt.

(ka) Schon der schwarze Box-Weltmeister Jack Johnson war der feinen Art des weissen amerikanischen Bürgertums etwas zu selbstsicher, zu schön, zu stark, zu trinkfreudig und zu schwarz für seine Erfolge – bei weissen Frauen. Doch keiner konnte ihn schlagen, Schwarze sangen damals auf der Strasse:

*«The yankee hold the play
The white man pulls the trigger
But it makes no difference what the white man say
The world champion's still a nigger»*

(Der Yankee bestimmt das Spiel
Der weisse Mann zieht den Abzug
Aber es kommt nicht darauf an,
was der weisse Mann sagt
Der Weltmeister ist immer noch ein Nigger)

Es half auch nicht, Johnson wegen einer Beziehung mit einer Weissen mit einem Jahr Gefängnis und einer Busse von 1000 Dollar zu bestrafen. Bis 1915 blieb er ungeschlagen. Als dieser Horror endlich vorbei war, gab das weisse Box-Establishment keinem Schwarzen mehr die Chance, Champ zu werden. Besonders galt dies für Harry Willies, wohl dem besten Boxer dieser Zeit. Weder Willard, noch dessen Nachfolger Dempsey mussten den Weltmeistertitel im Ring gegen einen Schwarzen verteidigen. Erst 1934 wurde mit Joe Louis wieder ein Schwarzer Weltmeister:

*-Lass Dich nie neben einer weissen Frau fotografieren!
-Gehe nie alleine in einen Night-Club!
-Lebe und kämpfe sauber!*

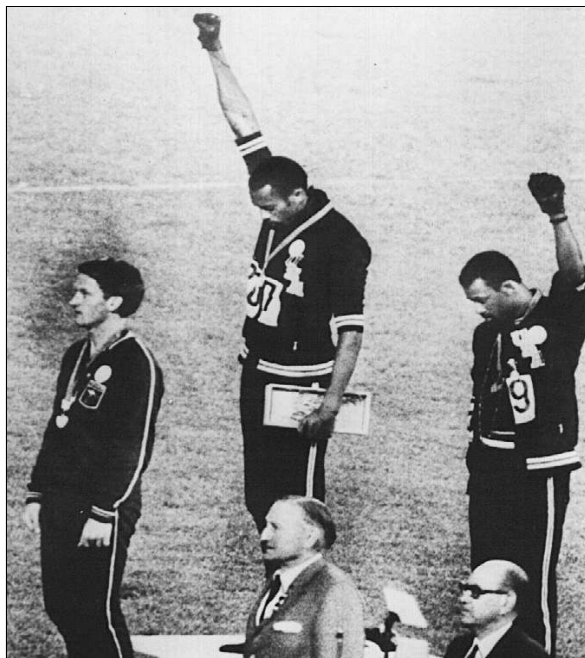
So lauteten drei der sieben Regeln, die sein Trainer und Manager für ihn aufgestellt hatte. Dafür durfte er kämpfen: 1934 und 1935 siegte Joe Louis in 20 Kämpfen, davon 18 mal durch k.o. Er hatte die höchste k.o.-Rate der Boxgeschichte. Auch ausserhalb des Rings enttäuschte er nicht: er wurde zur nationalen Integrationsfigur. Im Kampf gegen Max Schmeling, den Vorzeigboxer der Nazis, verteidigte er erfolgreich den «American Way». 1942 half er, die Schwarzen für den Kriegsdienst zu motivieren. Erstmals seit Jack Johnson wurde die Vorführung von Boxfilmen wieder erlaubt.

Muhammed Ali – der verlorene Sohn

Die Karriere von Cassius Clay begann vielversprechend: Nach seinem Olympiasieg 1960 in Rom schwang er die US-Flagge, zur Freude seiner damaligen Sponsoren, der «Louisville Sponsoring Group», bestehend aus reichen weissen Freunden des Sports. Gefragt nach den Rassenproblemen in den USA antwortete Clay, die Lösung sei nahe, die richtigen Leute hätten das Problem angepackt. Mit seinem Sieg über Sonny Liston sollte Clay 1964 den Boxsport wieder ins richtige Fahrwasser bringen. Als Nachfolger des ungeschlagen zurückgetretenen Rocky Marciano, war Liston mit seinen Vorstrafen und UntereWelt-Freunden nicht gesellschaftsfähig.

Doch die Freude über Clays Sieg währte nur zwei Tage: dann gab er seinen Beitritt zur Nation of Islam von Malcolm X und Elijah Muhammed bekannt. Er nannte sich fortan Cassius X (X steht für die in der Sklaverei gestohlenen Namen der Schwarzen), und nahm später den Namen Muhammed Ali an. Die WBA (World Boxing Association) versuchte darauf, ihm die Boxlizenz zu entziehen, was aber misslang.

Ali war im Ring nicht zu schlagen. Floyd Patterson, der den «Amerikanismus» gegen die subversive Gefahr der Black Muslims verteidigen wollte, ging sang- und klang-



Tommie Smith und John Carlos nach dem 200-Meter-Lauf an der Olympiade 1968 auf dem Siegerpodest.

los unter. Doch 1967 wurde Alis Militärdienst-Untauglichkeit aufgehoben. Er antwortete auf die Einberufung nach Vietnam:

*«keep asking me, no matter how long,
On the war in Vietnam, I sing this song,
I ain't got no quarrel with the Vietcong»*

(Frag mich, solange du willst,
über den Krieg in Vietnam sing'
ich dieses Lied
Ich hab keinen Ärger mit dem Vietcong)

Das reichte: Ali verlor seine Boxlizenz, der Weltmeistertitel wurde ihm aberkannt, er bekam fünf Jahre Gefängnis, sowie ein Busse von 10000 Dollar und sein Pass wurde beschlagnahmt. Erst 1971 liess man ihn wieder kämpfen, nach dem späten Freispruch durch den höchsten US-Gerichtshof.

Unterdessen war Jack Frazier offizieller Weltmeister und in der direkten Begegnung musste sich Ali geschlagen geben. Frazier verlor aber gegen Foreman und dieser ging 1974 in Zaire gegen Ali auf die Bretter: der Champ war zurück.

When we were kings

1974 hakt der Film «when we were kings» ein und zeigt begeisternde Bilder von Ali, als Poeten und Grossmaul, Tänzer und Kämpfer, Philosophen und Idol. Foreman, wegen chauvinistischen Auftritten ein Symbol des Rassismus und Imperialismus der USA, wurde am Boden zerstört – buma-yé. Doch wer blieb Sieger?

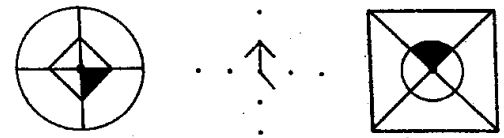
Mit der Spaltung der Nation of Islam 1975 folgte Ali Wallace Muhammed, in Opposition zur neuen Nation of Islam von Louis Farrakhan. 1978, zwei Jahre nach dem Soweto-Massaker, liess er sich beinahe von Südafrika für einen Titelkampf in Botsuana engagieren. 1980 propagierte er in Afrika (erfolglos) Carters Boykott der Olympiade in Moskau. 1984 warb er, Hand in Hand mit seinen früheren Erzrivalen Patterson und Frazier, im Präsidentschaftswahlkampf für Ronald Reagan.

Ali war nicht der einzige Rebell, der Ende der 70er Jahre wieder in den Schoss der Gesellschaft zurückkehrte. Die bürgerliche Kultur hatte 1964–1974 den Hoffnungen und Wünschen, die mit Ali und anderen verbunden wurden, nichts zu bieten. Wenig brauchte es, um sie erzittern zu lassen und Polizei und Staatsschutz auf den Plan zu rufen.

Doch ein Rebell ist nicht automatisch ein Revolutionär. In den folgenden Jahren verging die Hoffnung Ali und nicht nur wegen dem körperlichen Verfall. Spike Lee bedauert zu recht, dass viele dieser Geschichten der letzten 20, 30 Jahre heute in Vergessenheit geraten. Der Film macht es zum Vergnügen, eine davon kennenzulernen.

Abakus

(kur) Die Lösung aus dem letzten Abakus, d.h. das mittlere Muster der letzten Zeile im «Intelligenztest» sieht folgendermassen aus:



Die Regel, die es dabei herauszufinden galt, verknüpft jeweils die beiden äusseren Symbolen einer jeden Zeile mit dem dazugehörigen mittleren Symbol, indem das mittlere Symbol aus allen gemeinsamen Punkten, Linien und Flächen der beiden äusseren Symbole hervorgeht.

Kurz: das mittlere Symbol ergibt sich aus der sog. Durchschnittsmenge der beiden äusseren Muster. Sag jetzt nichts, liebe GenossIn, denn wir wissen bereits selbst, dass der letzte Abakus wenn nicht eine Grenzerfahrung doch eher ein Grenzfall war. Wir werden somit selbstkritisch im nächst folgenden Rätsel die Lösung gleich mit angeben.

Also: Bei einem Wettbewerb in mathematischen Aufgaben und Rätseln einer Schule zeichneten sich drei Mädchen – nennen wir sie einfach A, B und C – durch besondere Piffigkeit aus. Um von diesen wiederum eine Siegerin ermitteln zu können, beschloss die Wettbewerbsleitung, noch eine weitere Prüfung durchzuführen. Man zeigte ihnen fünf Zettel, drei weisse und zwei schwarze.

Dann wurde allen dreien die Augen verbunden und jeder von ihnen einen weissen Zettel auf die Stirne geklebt. Die beiden schwarzen Zettel vernichtete man sofort. Danach nahm man allen dreien die Augenbinde ab und erklärte diejenige zur Siegerin, welche als erste die Farbe ihres Zettels bestimmen kann. Wir sollten noch nachtragen, dass niemand von den dreien die Farbe des eigenen Zettels sehen konnte, aber jede sah die weissen Zettel der beiden Konkurrentinnen. Doch zurück zum Wettbewerb, wie ist er ausgegangen?

Nun ja, die drei Mädchen waren nicht nur pffiffig, sondern auch schlau, schnell und konnten logisch denken. Wie aus einem Munde kritisierten sie die Wettbewerbsleitung, dass diese bei der Wahl der Aufgabe gepatzt habe. Drei scharfsinnige Mädchen könne man auf diese Weise nicht ernsthaft herausfordern, denn es kommt bei der gestellten Aufgabe bestenfalls zu einem logischen Unentschieden. Der verblüfften Jury haben sowohl A, als auch B und C dann noch mitgeteilt, dass die Farbe des eigenen Zettels mit Bestimmtheit weiss sei.

Welche Überlegungen stellte jede der dreien an?



LoRa

Bereich Zürich 97.5 MHz:

97.5 MHz
Jeden 4. Sonntag

So. 7. Sept. 1997
19.00-20.30 Uhr
Mo. 8. Sept. (Wiederholung)
10.30-12.00 Uhr
So. 5. Okt. 1997
19.00-20.30 Uhr
Mo. 6. Okt. (Wiederholung)
10.30-12.00 Uhr
So. 2. Nov. 1997
19.00-20.30 Uhr

Kanal Ratte

Bereich Basel 104.5 MHz:

104.5 MHz
jeweils am 2. Donnerstags-
tag des Monats

Do. 11. Sept. 1997
Do. 9. Okt. 1997
Do. 13. Nov. 1997
18.00 – 19.00 Uhr

Verkaufsstellen – Schweiz: Pinkus, Froschgaugasse 7, 8001 Zürich / Kasama, Klingenstr. 23, 8005 Zürich / Bücherladen Aussersihl, Marthastr. 109, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8005 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6, 8002 Zürich / Buchhandlung Am Rand, Röschiachstr. 73, 8037 Zürich / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstr. 26, 6003 Luzern / Buchhandlung Parterre, Mythenstr. 7, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Denkmalstr. 17, 6006 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstr. 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Buchhandlung Theaterpassage, Theaterstr. 7, 4051 Basel / Infokiosk Brisant, Gärtnerstrasse, 4057 Basel / Infoladen Sowieso, Lindenbergr. 23, 4058 Basel / Volxbibliothek, Neubruckstr. 8, 3012 Bern.

Verkaufsstellen – Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Haslach, Mörikestr. 69, 70199 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.